Nr. 64 — Jahrgang 13 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Sonnabend, den 17. März 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,14 Zlp. Anzeigen unter Text 0,50 Zlp. von außerhalb 0,60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 3. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion Nr. 2004

Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen?

Aussetzung der Handelsvertragsverhandlungen — Deutsche Forderungen zur Aufklärung der Verhaftungen

Berlin. Wie der Telegraphen-Union von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist aus Anlaß der Verhaftung deutscher Ingenieure und Techniker im Donez-Gebiet der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt worden, die Sowjetregierung um sofortige und genaue Aufklärung darüber zu bitten, welche konkreten Beschuldigungen im einzelnen gegen die Verhafteten erhoben werden und welche Beweise für diese Beschuldigungen vorliegen. Zugleich wird in Moskau auf Grund der bestehenden Vertragsbestimmungen die Forderung gestellt werden, die verhafteten Reichsangehörigen zu besuchen.

Ferner hat der Reichsaußenminister den hiesigen Sowjetbotschafter auf die Erregung hingewiesen, die der Zwischenfall in der deutschen Oeffentlichkeit, namentlich in den am Wirtschaftsverkehr mit Rußland beteiligten Kreisen, hervorgerufen hat. Er hat dem Botschafter mitgeteilt, daß es infolge der durch den Zwischenfall geschaffenen Sachlage an einer der wesentlichsten Voraussetzungen für ein gedeihliches Ergebnis der zur Zeit im Gange befindlichen Wirtschaftsbesprechungen fehle und daß die Reichsregierung es deshalb für geboten halte, diese Besprechungen bis auf weiteres auszusetzen. Die Reichsregierung hoffe jedoch, daß durch schnelle Beilegung des Zwischenfalles eine Grundlage für die baldige Wiederaufnahme der Besprechungen geschaffen werde.

Schleifers Bericht an Tschitscherin

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, führt man in dortigen gut unterrichteten Kreisen die Abreise Schleifers nach Moskau auf die Unterredung zwischen ihm und Litwinow zurück, die in Berlin Anfang dieser Woche stattgefunden hat. Schleifer werde in Moskau Tschitscherin persönlich über den Stand der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen unterrichten. Schleifer solle dann für die Berliner Verhandlungen neue Instruktionen erhalten. Ende nächster Woche soll Schleifer bereits wieder in Berlin sein. Ob die neuen Instruktionen irgendwie im Zusammenhang mit den inzwischen erfolgten Deutschenverhaftungen in Südrußland stehen, steht noch nicht fest.

Im Donezbecken sind bisher über 45 Personen verhaftet worden. Die Vernehmung der deutschen Ingenieure soll gleichfalls bald erfolgen.

Weitere Verfolgung von Ingenieuren in Rußland

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Arbeiter- und Bauerninspektion der Sowjetunion eine Revision des fertiggestellten Kraftwerkes in Sysran vorgenommen. Wie dazu amtlich mitgeteilt wird, sollen große Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden sein, die zur Verhaftung der leitenden Ingenieure und der höheren Ortsbeamten führten. Die Gerichtsverhandlungen sollen demnächst beginnen.

Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, befinden sich die verhafteten deutschen Ingenieure im Gefängnis in Rostow am Don, wo sie, wie versichert wird, gut untergebracht seien.

Der polnische Standpunkt zum Elternrecht

Falsche Anschuldigungen ohne Beweise

Haag. Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag wurde Donnerstag die öffentliche Verhandlung in dem deutsch-polnischen Schulstreit mit dem Plädoyer des Vertreters der polnischen Regierung, Oberlandesgerichtspräsident Mrozowski, fortgesetzt.

In längeren Ausführungen betonte dieser, daß die polnischen Behörden sich dagegen wenden, daß Kinder, die keine andere Sprache, als die polnische sprächen, die Schule der deutschen Minderheit besuchten. Ein solches Verfahren halte die polnische Regierung für einen Mißbrauch der den Minderheiten zustehenden besonderen Rechte, der zu den Artikeln der Genfer Konvention im Widerspruch stehe. Die polnische Regierung berufe sich auf die Richtigkeit ihrer Auffassung, auf die Entscheidung des Völkerbundsrates vom März 1926, nach der Kinder, die ausschließlich polnisch sprechen, nicht zum Besuch der Minderheitsschule zugelassen werden brauchen. Durch das Verbot der deutschen Schule für solche Kinder würden die berechtigten deutschen Interessen nicht geschädigt. Die entgegengesetzte Auffassung stelle nach polnischer Ansicht eine Durchbrechung des Nationalitätenprinzipes dar. Die Artikel 74 und 131 der Genfer Konvention, auf die die deutsche Regierung sich berufe, müßten im Zusammenhang mit Artikel 69 der Konvention belassen werden. Aus diesem ergebe sich, daß die Kinder in ihrer eigenen Sprache unterrichtet werden müßten. Artikel 131 stelle auch den Eltern keinen Freibrief für die Abgabe einer Unterrichtserklärung aus.

Die Sitzung wurde dann abgebrochen und auf nachmittags vertagt. In der Nachmittagssitzung begründete der polnische Vertreter die polnischen Einreden der Unzuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes damit, daß auf Grund des Artikels 72 der Genfer Konvention nur eine Auslegung der diesem Artikel vorhergehenden Artikel, nicht aber ihm nachfolgenden Artikel, auf die sich die deutsche Regierung berufe, erfolgen könne.

Zum Schluß seines Plädoyers legte der polnische Anwalt dar, daß die Klage des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien über parteiische Behandlung der Minderheiten durch die polnischen Behörden entweder übertrieben sei oder aber sich auf Fälle ohne jegliche Bedeutung beziehe. In diesem Zusammenhang griff der polnische Vertreter die Tätigkeit des Deutschen Volksbundes an, dem er unter anderem vorwarf, daß er gefälschte Unterschriften zum Zwecke der Eröffnung neuer Minderheitsschulen gesammelt habe.

Am späten Nachmittag wurde hierauf die Sitzung vom Präsidenten des Gerichtshofes für beendet erklärt. Da der Vertreter der deutschen Regierung um die Hinausschiebung der nächsten Sitzung um mindestens einen Tag zur Vorbereitung seiner Replik ersuchte, dürfte der Gerichtshof erst am Sonnabend zur Fortsetzung der öffentlichen Verhandlung wieder zusammentreten.

Gegen jedes Diktat

Warschau. Wie die Blätter der Hauptstadt zu berichten wußten, hat Pilsudski in einer Vertrauensmännerversammlung der aus dem Regierungsblock gewählten Abgeordneten den Wunsch ausgesprochen, daß zum „Sejmpräsidenten" der bisherige Vizepremier Bartel ernannt wird, beziehungsweise gewählt, da nur dadurch die Zusammenarbeit mit der Regierung möglich wäre. Man hat hinzugefügt, daß dies Pilsudskis letzter Versuch wäre, mit dem Parlament zusammenzuarbeiten. Bezeichnend ist, daß diese Sitzung in der Wohnung des Obersten Slawek stattfand, der die Wahlen geleitet hat und als besonderer Vertrauter des Marschalls gilt. Heute erklärt nun die Presse der Opposition, daß sie gar nicht daran denke, sich mit den Vorschlägen der Regierungsgruppe zu beschäftigen, daß die Entscheidung erst nach der Sejmeröffnung falle und jedenfalls in den Linksgruppen keine Neigung besteht, sich einen Kandidaten aufreden zu lassen. Besonders die Sozialisten wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Handhabung des Parlamentarismus und erklären, daß sie ihren eigenen Kandidaten aufstellen werden, daß dürften im ersten Wahlgang auch die anderen Linksgruppierungen tun. Man will die Sozialisten dadurch für Bartel gewinnen, daß erklärt wird, daß an Stelle des abtretenden Vizepremiers Bartel der im Kabinett tätige Ministersozialist Moraczewski treten solle. Die P. P. S. hat zu dieser Sejmpräsidentkandidatur noch keine Stellung genommen und aus diesem Grunde sind alle Versionen über den Namen des Kandidaten verfrüht. Auch die anderen Linksgruppierungen haben noch keine Stellung zur Wahl des „Sejmpräsidenten", wie jetzt der Sejmmarschall genannt werden soll, genommen.

Kleine Korrektur der Mandatsergebnisse

Warschau. Nach den letzten Zählungen der Mandate zum Sejm, ist eine kleine Verschiebung in der Mandatszahl eingetreten. So erhält der Regierungsblock nicht 128, sondern nur 125 Sitze, während die P. P. S. ein Mandat mehr erhält, also insgesamt 64 Sitze. Der Stand der Wyzwoleniegruppe erhöht sich auf 41 Mandate, während der Minderheitenblock ein Mandat verliert, so daß die Liste 18 nur 55 Vertreter einschließlich der Staatsliste erobern konnte. Auch die Liste 22 wurde dahin korrigiert, daß statt 11 Vertreter nur 8 in den Sejm einziehen. Es handelt sich um ein amtliches Ergebnis der Zählung; die anderen Parteien haben ihren Stand nach den bisherigen Angaben gewahrt.

Volkstum und Rechtspfuscherei

Fern vom Wirken, Streben und Leben der oberschlesischen Bevölkerung sitzen im Haag Autoritäten des Völkerrechts und plagen sich, einen Ausweg zu finden, um das Elternrecht zu definieren, um mit juristischer Spitzfindigkeit zu beweisen, ob die Eltern, ob polnischer oder deutscher nationaler Ueberzeugung, das Recht haben, ihre Kinder in diese oder jene Schule zu schicken. Man gesteht den Eltern das Recht zu, Kinder zu zeugen, sie zu unterhalten und zu erziehen, nur will man ihnen **nicht** die Freiheit geben, sie in der Sprache weiter fortbilden zu lassen, die sie selbst für **ihr** Kind wählen. Hier kommt „Vater" Staat, der sich nie bekümmert, unter welchen Schmerzen und Sorgen jenes Kind geboren wurde und bestimmt von der Warte der Staatssouveränität: **„Du sprichst zu Hause mehr polnisch, darum gehörst Du in die polnische Schule** und bist polnischer Nationalität." Warum das eigentlich so ist, darüber erhält man vom patriotischen „Rechtsbewußtsein" die Aufklärung: Ihr lebt auf uralter polnischer Erde, nur die deutsche Unterdrückungspolitik hat aus Euch „Germanen" gezeugt. Nur wer irgendwo jenseits der oberschlesischen Erde geboren wurde, hat ein Anrecht, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen, die anderen haben dem patriotischen Willen zu folgen **und Polen zu sein.** Die Rechtsauslegung aller Chauvinisten, die nichts mit dem Leben, mit dem wirklichen Leben anzufangen verstehen und Phrasen dreschen, weil sie fern von jenem Bewußtsein des Bekenntnisses der Ueberzeugung sind. Und möge das Urteil im Haag auch zu ungunsten der oberschlesischen Eltern ausfallen, es wird **nie** das Elternrecht beseitigen können, welches ohne jede Interpretation der oberschlesischen Bevölkerung **durch den polnischen Staat durch Anerkennung der Bestimmungen der Genfer Konvention garantiert worden ist.** Und dieses Elternrecht will man nehmen, durch Berufung auf Rechtsautoritäten, die gerade für das oberschlesische Volkstum kein Verständnis haben und es nie aus Berichten und Sachverständigenurteilen kennen lernen werden, es nur begreifen könnten, wenn sie selbst auf oberschlesischer Erde weilen würden.

Der Verfasser dieses hatte wiederholt Gelegenheit, sowohl mit Diplomaten und Kennern des Völkerrechts, als auch mit Forschern der Nationalitätenfrage die oberschlesischen Volkstumsprobleme zu diskutieren, und nach längerer Unterhaltung ergab sich, daß alle die Köpfe schüttelten und mit Entsetzen fragten, wie es denn möglich sei, daß aus ein und derselben Familie Mitglieder sich teils zum Deutschtum, teils zum Polentum bekennen. Unbegreiflich erschien es ihnen, daß jemand nur polnisch oder deutsch und polnisch im Hause spricht und **sich doch der Nationalität nach nur zum Deutschtum bekennt.** Die Mischsprachigkeit oder Zweisprachigkeit und das Bekenntnis zur Nation erfahren in Oberschlesien eine Lebensinterpretation, wie sie keine Wissenschaft zur Nationalitätenfrage beweisen kann; denn hier spricht das Leben selbst und **kein patriotisches Wollen.** Innerhalb der Familienmitglieder, die sich für diese oder jene Nationalität entschieden haben, waren zweifellos soziale, kulturelle und wirtschaftliche Verhältnisse maßgebend. Und sie sind erst manchem **viel später aufgegangen,** als er aus Versprechungen heraus sich für eine andere Nation entschieden hat und **später seinen Willen korrigierte.** Diese Korrektur glaubt man nun dadurch **wieder** korrigieren zu müssen, indem man gegen diejenigen, die sich zu anderem nationalen Bewußtsein, einem anderen Kulturkreis, als dem des Wirtsvolkes bekennen, **die Staatsnationalität aufzwingen will.** Ein solches Vorhaben muß in den vom juristischen Dusel freien Menschen nur eine größere Opposition erzeugen, sie dazu bringen, daß sie die ihnen durch Zwang auferlegte Ueberzeugung ablehnen und so bewußt zu Gegnern dieses Systems werden, die man dann einfach als „Staatsfeinde" bezeichnet, weil sie noch etwas gesundes Empfinden fürs Recht, **Volksempfinden haben.**

Wir schreiben diese Zeilen bestimmt nicht für die Chauvinisten auf beiden Seiten der oberschlesischen Grenzen. Würde eine der beiden Nationen, Deutschland und Polen, mehr das wirkliche Leben als Grundlage ihrer Politik nehmen und weniger juristische Spitzfindigkeiten, die Minderheitenfrage würde weit eher einer Lösung zuzuführen sein. Aber die Chauvinisten haben ein schönes Mittelchen ersonnen, indem sie im eigenen Lande **nie mehr Rechte** ihren Minderheiten gewähren wollen, als andere Staaten ihren eigenen Volksgenossen jenseits der Grenzen zuerkennen und dann furchtbar entrüstet tun wenn ihre Volksgenossen unterdrückt werden, **nichts aber davon sehen wollen, daß sie ja selbst die Schöpfer dieser Unterdrückungspolitik im eigenen Lande sind.** Und leider sind es bis jetzt nur die Sozialisten, die auf Grund der marxistischen Lehre zu ganz anderen Er-

gebnissen in der Forschung bezüglich der Nationalität und Kultur gekommen sind, als es unsere Chauvinisten erkennen wollen. Diejenigen, die da auf die Entscheidung im Haag hoffen, werden vergeblich erwarten, daß der Rechtsspruch, so oder so gefällt, **eine Lösung des Elternrechts bringen wird.** Denn nicht auf eine Rechtsentscheidung wird es hier ankommen, **sondern auf die Auslegung und Handhabung** durch die staatlichen Organe, und diese haben die verschiedensten Mittel in der Hand, um klares Recht **auch nach ihrer** Auffassung gelten zu lassen. Es brauchen nicht immer Gewaltmaßnahmen zu sein, **es kann dies ebensogut durch die Politik der Nadelstiche erreicht werden.** Und wird die Genfer Konvention sich Geltung verschaffen, wie hier das Elternrecht gehandhabt wird, so ist damit noch nicht gesagt, daß alle Oberschlesier nun auch in den Genuß dieser Interpretation kommen werden.

Beispiele anzuführen, davor sei gewarnt, darüber wacht ein Pressedekret! Darum müssen wir es bei allgemeinen Betrachtungen belassen. Der Umstand, daß sich unter anderem auch der Wojewode rühmt, daß unter seiner Tätigkeit die deutsche Minderheitsschule, beziehungsweise Anträge zu ihr gesunken sind, dürfen für uns keine Beweise sein, so lange nicht darüber gesprochen werden darf, mit welchen Mitteln diese „Erfolge" erzielt worden sind. Und doch hat die These des Wojewoden Schiffbruch da erlitten, wo das Volkstum selbst unter Aufhebung des Wahlgeheimnisses sich ausdrücken durfte. Bei den letzten Sejm- und Senatswahlen, die geradezu eine **50prozentige Steigerung des deutschen Volkstums brachte,** wenn wir die Stimmen der deutschen Sozialisten hinzurechnen, die auf die Liste der PPS. gegeben worden sind. Gewiß Stimmen, die oft nur Ausdruck der Unzufriedenheit der heutigen Wirtschaftskrise sind, aber bezeichnend, **daß sie nicht einer oppositionellen polnischen Partei zugute kamen,** sondern gerade dem deutschen Nationalismus. Es gab ja Sozialisten, Kommunisten und doch konnten sie die soziale Opposition **nicht** auf sich vereinigen, sondern das Volkstum, wenn auch in Form des Nationalismus, hat den Stimmengewinn davongetragen. Sollten solche Wahllehren nicht doch unseren verantwortlichen Leitern der Politik etwas zu denken geben? Aber ihre Organe sind sehr schnell mit dem Urteil fertig und behaupten: Ja, gekaufte Stimmen. Nichts Dümmeres kann es geben, als diese Behauptung. Der Staat mit seinem ganzen Verwaltungsapparat ist nicht fähig, die Volksseele zu erfassen, ein paar deutsche Mark sollen das Deutschtum, die „Irridenta", erzeugt haben. Gibt es dafür keine anderen Beweggründe? Für die Nationalisten aller Schattierungen gewiß nicht.

Und doch gibt es Oberschlesier, **die nur polnisch zu Hause sprechen,** Oberschlesisch-Polnisch und Tag und Nacht, selbst unter den größten Opfern behaupten, **daß sie sich trotzdem zum deutschen Kulturkreis, zur deutschen Nationalität bekennen.** Die kurze Zeit der Zugehörigkeit zum polnischen Staat hat gerade sie davon überzeugt, daß sie nicht in ihm aufgehen wollen, daß sie ihren deutschen Kulturkreis ausbauen, aufbauen und **zu ihm gehören wollen.** Und an dieser ihrer harten, willensstarken Zugehörigkeit wird kein Raub der Minderheitsschule, keine Gewalt, keine Repressalien etwas ändern, **sie bleiben, was sie sind, Deutsche, trotzdem sie besser polnisch als deutsch reden.** So kurios das klingen mag, es ist doch Wahrheit, es sind doch Tatsachen, die kein Westmarkenverein, keine patriotischen Heldenstücke des Aufständischenverbandes ändern werden. Gewalt erzeugt höchstens Gegendruck und er hat sich in Oberschlesien **stärker erwiesen,** als jede Unterdrückungspolitik. **Wir haben diese These zur** Grundlage unserer Politik gemacht, und weil wir lebendiges Wollen und Wirken über Rechtsentscheidungen hinaus im Staatsbewußtsein verankern wollen und jedem seine persönliche Freiheit gönnen, **darum unsere Zusammenarbeit mit den polnischen Sozialisten, damit kein gewaltsamer Assimilationsprozeß betrieben wird,** sondern die persönliche Freiheit entscheidet. **Was deutsch ist, wird deutsch bleiben; was unreif ist, nur aus sozialen Bedingungen und Opposition heraus ein anderes Volkstum angenommen hat, verfällt früher oder später der Assimilation, des Aufgehens in der Staatsnation.** Diesem Prozeß wollen wir keinen Widerstand entgegensetzen, aber jenen Anhängern zum Recht zu verhelfen, zum Elternrecht, wie es garantiert worden ist. Laßt die Rechtspfuscher im Haag ihr Urteil künden, an Euch liegt es selbst, welcher Nationalität Ihr zugehören wollt, welchem Kulturkreis Ihr Euch anschließt. Auch hier wird lebendiges Wollen über den toten Rechtsbuchstaben siegen. **Wem vor diesem Leidensweg bange ist, der prüfe nach, entscheide sich! Die Kraft des Deutschtums liegt in seinem eigenen Wollen! Und der deutsche Arbeiter und Angestellte hat den größten Anteil daran!** —U.

Das Hultschiner Ländchen wählt deutsch

Hultschin. Im Hultschiner Ländchen fanden in einigen Orten Neuwahlen der Gemeindevertreter statt, bei denen die Deutschen sich behaupten und sogar vielfach noch verbessern konnten.

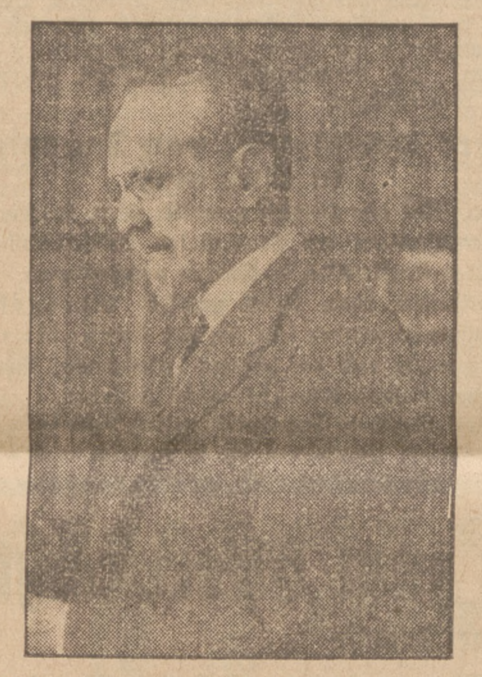
So wurden in Bolatitz für die Deutsch-Sozialdemokraten 480 und die Deutsch-Christlich-Sozialen 280 Stimmen abgegeben, während die fünf tschechischen Listen nur 367 Stimmen auf sich vereinigen konnten. Von den 30 Mandaten erhielten somit die deutschen Listen 20 (12 deutsche Sozialisten und 8 Christlich-Soziale) und die tschechischen 10 Sitze; die Deutschen haben somit ein Mandat gewonnen. In der Gemeinde Thröm ist nur eine deutsche Liste aufgestellt worden.

Die Streikbewegung in Schweden

Stockholm. Die Streikkonflikte in Schweden nehmen immer größeren Umfang an. Betroffen werden z. Zt. insgesamt etwa 60 000 Arbeiter. In den Zuckerfabriken droht ab 22. März die Gesamtaussperung, nachdem einzelne Arbeiterkategorien den Streik proklamiert haben. Auf der Marinewerft in Karlskrona hat sich die Lage gleichfalls zugespitzt. Dort sind die Arbeiter der Torpedo- und Minenabteilung ausgesperrt.

Estlands Annäherung an Rußland?

Reval. Wie aus sicherer Quelle verlautet, legte in der Donnerstag-Sitzung des estländischen Kabinetts der Außenminister Revale der Regierung eine Vorlage vor, derzufolge eine besondere Kommission für die Vorarbeiten zu einem Handelsvertrag zwischen Estland und Sowjetrußland eingesetzt werden soll. Damit bestätigt sich die Nachricht, daß die estländische Regierung dem Gedanken eines Handelsvertrages mit Rußland näher getreten ist.



Professor Werner Sombart

von der Universität Berlin, der als hervorragender Historiker und Theoretiker auf dem Gebiet des Kapitalismus gilt, hielt in London einen Vortrag über „Theorie und Geschichte des Kapitalismus", der lebhaften Beifall fand. Unter den Zuhörern war auch der deutsche Botschafter Sthamer.

Der neue englische Vertreter in der Rheinlandkommission

London. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, die britische Regierung werde bald einen Nachfolger für den verstorbenen Lord Erroll als britischen Delegierten in der Rheinlandkommission ernennen. Der Gedanke, statt eines bevollmächtigten Vertreters nur einen Geschäftsträger für den übrigen Teil der Besetzungsperiode zu ernennen, sei verworfen worden als unvereinbar mit dem Prestige und den Interessen Großbritanniens in der Kommission.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris" aus London soll Lord Chilston, ehemaliger englischer Gesandter in Wien und gegenwärtiger Gesandter in Kopenhagen, zum Nachfolger des verstorbenen englischen Vertreters bei der Rheinlandkommission ernannt werden.

Die Persönlichkeit des ermordeten Savorelli

Paris. Ueber die Persönlichkeit des in Paris ermordeten Italieners Savorelli gibt das „Oeuvre" nach Auskünften italienischer antifaschistischer Kreise in Paris folgende Einzelheiten: Savorelli lebte seit etwa 5 Jahren in Frankreich, wohin er sich infolge eines Haftbefehls gegen eines in Romagna begangenen politischen Mordes flüchtete. Er war Republikaner und als Sekretär der Arbeitskammer von Romagna tätig. In Frankreich war er zuerst als Grubenarbeiter beschäftigt, wurde aber wegen einer antifaschistischen Kundgebung entlassen. In Paris war er Vertreter Riciotti Garibaldis, der im Dienste der italienischen Regierung als Agent provocateur stand. Savorelli nahm an der Expedition des Obersten Macia teil. Da man ihn jedoch auswies, wurde er von italienischen faschistischen Kreisen in Paris verdächtigt. Seit einiger Zeit hatte er Beziehungen zu den faschistischen italienischen Spionagezentren in Frankreich. Sein Hauptbetätigungsfeld war Brüssel.

Die revolutionäre Propaganda in der französischen Marine

Paris. Der französische Marineminister richtete an die Vizeadmirale, Flottenkommandanten, Marinepräfekten und die Kommandanten der Seegeschwader ein Rundschreiben, in dem er es als unerläßlich bezeichnet, gegen die antimilitärische und revolutionäre Propaganda in der Marine anzukämpfen, die kein anderes Ziel habe, als die Autorität der Führer zu untergraben, die Mannschaften aufzureizen und die französische Seemacht aufzulösen. Es müsse eifrig nach den Hetzern und ihren Komplizen gefahndet werden. Eine andere Art von Propaganda bestehe darin, die Macht- und Straflosigkeit der antimilitaristischen und anarchistischen Gruppen zu beweisen. Sie werde durch Drohungen und Beleidigungen der Offiziere ausgeübt.

Neuer Terror Mussolinis

Neue Gewaltmaßnaßnahmen gegen die Deutschen Südtirols.

Mussolini setzt die Gewaltpolitik gegen die Deutschen in Südtirol fort. Er hat 87 deutsche Beamte aus Südtirol in das Innere Italiens versetzt und ihre bisherigen Funktionen faschistischen Beamten aus Toskana und Venezien übertragen. Er hat in den Schulen von Bozen und Meran die deutschsprachigen Lehrbücher wieder eingezogen und läßt die österreichischen und deutschen Zeitungen an der Grenze zurückhalten.

Es sind starke Zumutungen, die der Diktator den Bewohnern der „befreiten Gebiete" stellt. Auf Bajonette gestützt, diktiert der ehemalige Chefredakteur des „Avanti" wie ein kleiner Cäsar. Wir sagen ausdrücklich: kleiner Cäsar, denn Südtirol ist nicht das Objekt, über das „große Leute" so in Ekstase geraten wie jetzt eben Mussolini. Aber dieser Kampf für das größere Italien gibt dem Diktator Gelegenheit, sich in Pose zu setzen. Und die Pose ist es, die er neuerdings für sehr wichtig hält. Wie Wilhelm der Letzte, der mit polternden Worten und großen Gesten dem Abgrunde entgegenraste . . .

Subkow ausgewiesen

Köln. Der Kölner Regierungspräsident hat den Gemahl der Prinzessin Viktoria, Alexander Subkow, aus dem deutschen Reichsgebiet ausgewiesen. Subkow soll bereits das Reichsgebiet verlassen haben und sich auf dem Wege nach Afrika befinden, während seine Gattin von der Ausweisung nicht betroffen, sich zur Zeit wieder in Bonn befindet.

Der geheimnisvolle Reiter

Roman von Jane Grey.

Verfasser von „Der Eiserne Weg".

16)

Wenige Minuten später begann Wade sein Bett am Fuße der Eiche auszubreiten; die eine Hälfte der geteerten Leinwand ruhte auf der weichen Nadelmatte, obendrauf kamen die zwei wolligen Schaffelle, auf denen er zu liegen pflegte, dann seine Decken und zuletzt die zweite Hälfte der Leinwand.

Damit waren seine Pflichten für diesen Abend beendet. Er zündete sich seine Pfeife an und setzte sich neben das Lagerfeuer, um vor dem Zubettgehen noch ein wenig zu rauchen und auszuruhen. Das Schweigen der Wildnis umhüllte See und Ufer; aber es dauerte nicht lange, und durch das Schweigen murmelten leise Laute, fern und nah, wild und einsam — das leise Tosen stürzenden Wassers, das Geplätscher winziger Wellen am Strand, das Lied der Insekten und das unheimliche Geplärr der Eulen.

Wade seufzte, und ein dunklerer Schatten, den nicht das flackernde Feuer warf, überflog sein leichenblasses Gesicht. Vor achtzehn Jahren hatte er die Frau, die er liebte, mit ihrem kleinen Kind in die Welt hinausgejagt. Eifersüchtiger Narr! Allzu spät hatte er seinen verhängnisvollen Irrtum entdeckt; und dann begann eine Suche durch ganz Kolorado, die jenseits der wilden Berge, keine hundert Meilen von der Stelle entfernt, da er in dieser einsamen Stunde grübelnd saß, zu Ende ging — beendet wurde durch die Nachricht von einem indianischen Ueberfall auf einen Wagenzug. Dies war Bent Wades Geheimnis.

Und keine Qual auf dieser Erde hätte grausamer sein können als seine schmerzliche Reue, die ihn Jahr um Jahr, einen unsteten Wanderer, durch die Wälder trieb. Alles Gute, das er zu schaffen versuchte, schien Böses zu gebären. Die Weisheit, die aus seinem Leid erwuchs, öffnete Fallgruben vor seinen irrenden Füßen. Die Wildheit der Männer, die Leidenschaft der Frauen wartete mit unglaublichem Verhängnis auf die Stunde, da der Zufall ihn in ihr Leben führte. Er hatte gearbeitet, gekämpft, geopfert, getötet, geduldet für die menschliche Natur, die er in seiner wilden Jugend verraten hatte; aber aus seinem grenzenlosen Bemühen, die Sünde zu tilgen, sein Leben zu verschenken und Gott zu finden, war, so schien es Wade in seiner Verzweiflung, nur eine hetzende Qual erstanden.

Der Nachtwind stöhnte durch die Fichten; dunkle Wolken hetzten über den Himmel und löschten die hellen Sterne aus; ein stetiges, langsames Wasserrauschen wehte vom Abfluß des Sees herbei. Das Lagerfeuer flackerte und brannte nieder, so daß kein Funken mehr in die Finsternis flog, und die rote Asche glühte, knisterte und verblich.

5. Kapitel.

Bent Wade ritt aus dem Wald hinaus, um auf die Gegend von White Slides hinabzublicken, zu der Stunde, da sie am schönsten war.

Es war die Stunde des Sonnenunterganges; die goldenen Strahlen und die dunkelnden Schatten lagen über den welligen Salbeihügeln, die in ihrem weichen, seltsamen, rosigen Grau schimmerten. Espengehölze standen vereinzelt an den Hängen — hier mit loderndem Gelb einen Hügel krönend, dort eine Kuppe mit schimmerndem Gold umsäumend und talwärts das Sonnenlicht in strahlendem Purpur spiegelnd. Das Tal schien von einem zarten, fast rauchartigen Dunst erfüllt. White Slides Ranch war den Blicken verborgen, da sie auf dem Grund des Tales lag. Der graue, alte Gipfel ragte stolz und herrisch, klar umrissen und vom Sonnenglanz gerötet vor dem Blau des Himmels. Die großen, schwarzen Wälder bildeten einen scharfen Kontrast zu den bunten Farben der Salbeibüsche und Espenblätter und führten jenseits des Tales zu den roten Wällen des Gebirges empor.

Wade betrachtete das Bild, bis das Feuer verblich, die goldenen Strahlen erloschen, der rosige Schimmer des Salbeis sich in ein kaltes, stählernes Grau verwandelte. Dann ritt er in die Vorberge hinaus. Der Pfad führte bergauf und bergab durch das Unterholz der Hänge. Je weiter er talwärts kam, desto dichter wurde das Gras. Einmal jagte er eine große Schar von Präriehühnern oder Salbeihennen auf, große, graue Vögel, plumpe aber schnelle Flieger, die emporschwirrten und bald darauf wieder in dem Salbei niederplumpsten. Die Dämmerung fand ihn an einem letzten, langen Hang der Vorberge, der unmittelbar in das Weideland des Tales führte; die Farm war immer noch fünf Meilen entfernt, und ihre Gebäude schimmerten dunstig und trüb in den wachsenden Schatten der Nacht.

Wade schlug sein Lager an einem Bache auf, der an einem Espendickicht vorbeifloß. Er hatte kein Verlangen, seine Ankunft auf der White Slides Ranch allzusehr zu beschleunigen, obgleich ihn die Dinge, die man von Bellounds und seinem Sohne und von seiner hübschen Adoptivtochter erzählt hatte, sein Interesse erregten. Die seltsame Geschichte des Findlings Columbine fügte zu den Erinnerungen, die ihn nie verlassen wollten, eine neue, ängstliche Ahnung.

Die Nacht senkte sich auf die stillen Hügel herab. Ein Rudel schweifender Kojoten besuchte Wade und saß im Halbkreis in den Schatten rings um das Lagerfeuer. Ab und zu stießen sie ein kläffendes Geheul aus. Dennoch senkte sich der Schlaf auf seine müden Lider, sowie er sich niederlegte.

*

Ziemlich spät am nächsten Morgen ritt Wade zu der Farm hinunter. Er erkannte in ihr das Besitztum eines reichen Viehzüchters, der an den alten und erprobten Sitten seiner Generation festhielt. Die Korrals waren neu, aber von altem Stile. Wade sagte sich, daß es den Vieh- und Pferdedieben schwerfallen würde, in diese Pferche einzudringen. Ein langer Feldweg führte von der Weide den Bach entlang, der durch die Korrals floß, und an der Hintertür des geräumigen, behaglich aussehenden Blockhauses vorbei. Ein Cowboy, der etliche Pferde führte, schlenderte über den weiten Hof zwischen dem Haus des Farmers und einer Gruppe von Hütten und Schuppen. Er sah den Besucher und blieb wartend stehen.

„Morgen", sagte Wade, als er herbeigeritten kam.

„Hallo!" erwiderte der Cowboy.

Dann sahen die beiden Männer einander an, nicht neugierig oder argwöhnisch, sondern mit jenem festen, messenden Blick, der den Männern des Westens eigen ist.

„Ich heiße Wade", sagte der Wanderer. „Ich komme von Meeker herüber. Ich suche Arbeit bei Bellounds."

„Lem Billings", erwiderte der andere. „Reite seit Jahren in White Slides. Schätze, der Boß wird Sie mit Freuden aufnehmen."

„Ist er da?"

„Sicher. Habe ihn soeben gesehen", erwiderte Billings, während er seine Pferde an einen Pfosten band. „Na, ich glaube, ich sollte Ihnen mal kurz erklären, wie die Dinge bei uns stehen."

„Das wäre sehr nett von Ihnen."

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Bildung und Krankheitspflege

Die Einstellung einer Stadt kann man vor allem an ihren Ausgaben beurteilen, insbesondere daran, was die Stadt für das öffentliche Interesse leistet. An der Bildung und Krankheitspflege in der Stadt, sind alle Bürger der Stadt, Reiche und Arme interessiert, in erster Reihe aber die Letzteren. Ein Bürger mit höheren Einnahmen, kann sich danach eher helfen. Er bestellt für seine Kinder einen Privatlehrer oder er schickt sie in eine Anstalt und läßt sie dort erziehen. Auf alle diese Extravaganzen muß der ärmere Bürger von vornherein verzichten. Er muß sich lediglich damit begnügen, was ihm der Staat und die Gemeinde bietet. Deshalb ist es den ärmeren Bürgern, speziell den Arbeitern, nicht gleichgültig, was z. B. die Stadt Myslowitz für die Volksaufklärung leistet. Und sie leistet sehr wenig, weil für das ganze Jahr für Bildungszwecke nur 189 489 Zloty vorgesehen wurden. Diese Ausgaben betragen monatlich 15 789 Zloty und monatlich pro Kopf und Einwohner gerechnet, 78 Groschen. Nicht viel weniger zahlt die Stadt für die öffentliche Sicherheit, für die doch die schlesische Wojewodschaft zu sorgen hat und für die aus dem Stadtsäckel noch extra jährlich 76 790 Zloty ausgeworfen werden. Vor dem Kriege waren in Myslowitz drei Polizisten und 2 Gendarmen und mit der öffentlichen Sicherheit war es womöglich noch besser bestellt als heute, obwohl wir in Myslowitz gegen 30 Personen haben, die für die öffentliche Sicherheit sorgen.

Genau wie mit der Bildung, hapert es auch mit der Krankheitspflege. Für diese Zwecke sind in dem Budget 175 489 Zloty vorgesehen oder um 46 597 Zloty mehr, als im Vorjahre. Das Mehr ist auf das Konto der Tuberkulosenstation in der Modrzeowskastraße zurückzuführen. Alles Uebrige hängt mit den Erhaltungskosten des städt. Krankenhauses zusammen. Die letztere Krankenpflege soll aber nicht als ein Geschenk für die Armen aufzufassen sein, weil jeder Kranke der im städt. Krankenhause untergebracht wird, die Kosten selbst bestreiten muß. In den Einnahmen befindet sich da ein Betrag in der Höhe von 139 596 Zloty als Rückzahlung für die Benutzung der Anstalten der öffentlichen Wohlfahrt, also des Krankenhauses. Nebst diesen Ausgaben sehen wir da noch einen Rest von 12 753 Zloty im neuen Haushaltsplan, der den schönen Namen für „Kultur und Kunst" trägt. Leider haben die Bürger bis heute von einer städt. „Kultur und Kunst" sehr wenig verspürt, obwohl dieser Betrag jedes Jahr wiederkehrt. Wir wollen hoffen, daß endlich im neuen Jahre auch die Myslowitzer „Kultur und Kunst" mit dem bloßen Auge sichtbar wird.

Das endgültige amtliche Ergebnis der Senatswahl

Die Hauptwahlkommission gab gestern das endgültige amtliche Ergebnis der Senatswahl für die Wojewodschaft Schlesien heraus. Nach diesem waren 412 030 Wahlberechtigte vorhanden, von denen 358 565 wählten. Für gültig wurden 356 197 Stimmzettel erklärt und 2369 für ungültig.

Die Sanacja vereinigte auf sich	134 844 Stimmen.
Der Sozialistische Wahlblock	33 452 Stimmen.
Die Deutsche Wahlgemeinschaft	116 132 Stimmen.
Die Kommunisten	4 549 Stimmen.
Der Korfantyblock	67 227 Stimmen.

Feuergefecht mit einem Banditen

Ende Oktober des vorigen Jahre flüchtete aus dem Bogutschützer Brüderkrankenhaus, der dort krankheitshalber untergebrachte Kattowitzer Gerichtsgefangene Thomas Lelek, ein bekannter Schwerverbrecher. Nach seiner Flucht organisierte Lelek im Kreise Rybnik eine regelrechte Einbrecherbande, die unter seiner Leitung eine Reihe schwerer Einbrüche und Ueberfälle in der Umgebung von Rybnik, Myslowitz und Sosnowitz ausführte. Ende Dezember 1927 und Anfang dieses Jahres gelang es nun die meisten dieser Bande festzunehmen, während Lelek es jedesmal gelangte, obwohl ihm die Polizei dicht auf den Fersen war, zu entwischen. Am 14. d. Mts., wurde die Polizei von Dombrowa benachrichtigt, daß Lelek sich in Modrzejow in einem bestimmten Grundstück aufhalte. Abend gegen 10 Uhr wurde das betreffende Grundstück polizeilich abgesperrt, worauf man zur Verhaftung schreiten wollte. Lelek jedoch, als er der Polizei ansichtig wurde, eröffnete gegen sie das Feuer mit einem Revolver, welches von der Polizei sofort erwidert wurde. Lelek von mehreren Schüssen getroffen, war auf der Stelle tot.. Bei dem Toten fand man noch zwei weitere Revolver sowie ziemlich viel Munition.

Eine aufsehenerregende Verhaftung

Am Dienstag wurde in Krakau von der Sosnowitzer Polizei der frühere polnischsozialistische Abg. Wolitzki, als er in Begleitung des Abg. Stanczyk die Krasinskistraße passierte, verhaftet. Die Festnahme erfolgte auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft von Pinsk. Wolitzki soll in der Wahlzeit öffentlich Reden gehalten haben, die als Landesverrat angesehen werden.

Kattowitz und Umgebung

Der Autorenabend Heinrich Lersch, findet heute abend ½8 Uhr im Saale des evangelischen Gemeindehauses, ul. Bankowa, statt. Restliche Karten sind an der Abendkasse erhältlich. Eintrittspreis 1 Zloty.

Die Mehl- und Brotpreise steigen. Nachstehende neue Preisänderungen für Mehl und Brot sind auf der letzten Sitzung der Preisprüfungskommission in Kattowitz getroffen worden: Weizenmehl (60 Prozent) pro Pfund von 44 auf 45, Roggenmehl (70 Prozent) von 33 auf 34, Schrotbrot von 26 auf 28, Brot aus 70prozentigem Roggenmehl von 31 auf 32, Brot aus 65proz. Mehl von 32½ auf 33½ Gr. Diese neuen Höchstpreise gelten ab gestrigen Donnerstag.

In geistiger Umnachtung. Der 77 Jahre alte Abraham Alexandrowicz aus Kattowitz, beging Selbstmord, indem er sich die Kehle sowie die Pulsadern durchschnitt. Gleich nach dieser Tat wurde er in das städtische Krankenhaus überführt, jedoch verstarb er hier unter den Händen der Aerzte. Alexandrowicz beging den Selbstmord in totaler geistiger Umnachtung.

Der „Volkswille" vor Gericht

Eine politische Auseinandersetzung im Gerichtssaal — Der Anklagevertreter kennt keine deutsche Minderheit in Ostoberschlesien — Journalistische Phantasien, die exemplarisch bestraft werden müssen

Anfang des vorigen Jahres stand die deutsche Minderheitsschulfrage Polnisch-Oberschlesiens besonders im Vordergrunde des öffentlichen Interesses, und gerade um die Zeit, da die Schulaufnahmen zu erfolgen hatten. Da setzte von den polnischen Organisationen, wie Westmarkenverein und Aufständischenverband, eine wütende Kampagne gegen die deutschen Erziehungsberechtigten ein, die noch durch andere Kreise eine sehr weitgehende Unterstützung fand. Von allen Seiten setzte ein starker Terror ein, der sich ungestört austoben konnte. Interventionen führender deutscher Persönlichkeiten bei den maßgebenden Instanzen wurden zwar angehört, aber sie änderten an den Verhältnissen nicht das geringste, im Gegenteil, je näher der Schulaufnahmetermin rückte, steigerten sich die Repressalien gegen die Minderheit zusehends. In diesem ungleichen Kampfe spielte die gesamte deutsche Presse, wie auch sonst immer in der Minderheitsfrage, eine prominente Rolle und sehr oft unterlagen die führenden Blätter der Beschlagnahme, was im übrigen bei uns ja zu einer chronischen Erscheinung geworden ist. Aus dieser Zeitperiode datiert nun eine Prozeßsache, die gestern gegen den verantwortlichen Redakteur des „Volkswille", Genossen Helmrich, vor der Kattowitzer Strafkammer zum Austrag gelangte. Im Mai des vorigen Jahres veröffentlichte der „Volkswille" in der Nummer 111 die Artikel „Im Kampf ums Recht" und „Der Leidensweg des Deutschtums". Während der erste sich lediglich mit der Minderheitsschulfrage befaßte, behandelte der zweite die blutigen Vorgänge anläßlich der Kommunalnachwahlen in Chwallowitz. Diese Ausgabe wurde auf Anordnung der Kattowitzer Polizeidirektion konfisziert und die Konfiskation durch Gerichtsbeschluß bestätigt und von der Staatsanwaltschaft gegen den Gen. Helmrich die Anklage nach Paragraph 131 erhoben. — Schon gleich bei Beginn der Gerichtsverhandlung kam es zwischen dem Anklagevertreter und der Verteidigung, die in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Baj lag, zu Auseinandersetzungen, deshalb, weil der Angeklagte sich der deutschen Sprache zu bedienen wünschte und der Anklagevertreter, Herr Zembok, sich damit nicht einverstanden erklären wollte. Seiner Ansicht nach spreche der Angeklagte, den er seit Jahren persönlich kenne, sehr gut polnisch. Die Verteidigung unterstrich ihrerseits, daß zwar der Angeklagte polnisch verstehe, jedoch nicht so vollkommen, als daß er vor Gericht verständlich seine Interessen vertreten könne und beantragte, da wiederum der Gerichtsvorsitzende das Deutsche mangelhaft beherrsche, die Zuziehung eines Dolmetschers. Hierzu stellte der Anklagevertreter einen Gegenantrag und meinte, die Sache sehe fast nach Provokation aus, worauf Dr. Baj ihn sehr deutlich an einen Paragraphen der Genfer Konvention, die überhaupt in diesem Prozesse eine große Rolle spielte, erinnerte. Das Gericht entschied schließlich, daß der Angeklagte sich der deutschen und polnischen Sprache bedienen dürfe. Gleich darauf wurde zur Vernehmung der Zeugen geschritten und zwar der Herren Chefredakteur und Senator Dr. Pant, Redakteur Herger und Sejmabgeordneten Kowoll. Zeuge Kowoll demonstrierte anhand von konkreten Beispielen die Repressalien gegen die deutsche Minderheit und hob hervor, daß in vielen Fällen die Behörden überhaupt nicht gegen die Urheber eingeschritten sind. So in seinem persönlichen Falle, als er in Bielschowitz überfallen und schwer mißhandelt worden sei. Bis heute sei es noch nicht einmal zu einer polizeilichen Vernehmung gekommen. Deshalb könne hier angenommen werden, daß die Behörden über viele Repressalien gegen die deutsche Minderheit unterrichtet waren, jedoch aus guten Gründen ein gesetzliches Vorgehen ablehnten und damit die Kampagne gegen das Deutschtum moralisch stärkten. Ebenso ist nicht von der Hand zu weisen, daß behördlicherseits diejenigen polnischen Organisationen, die sich so in erster Linie an der Bekämpfung des Deutschtums beteiligen, Subventionen erhalten. Der Zeuge ersucht hier den Wojewoden über die Verteilung seines Dispositionsfonds vernehmen zu lassen. Auf Antrag der Verteidigung gibt jetzt der Zeuge einen kurzen Ueberblick über das Programm der deutschen Sozialistischen Partei in Polen und hebt hervor, daß eines der wichtigsten Ziele dieser Partei die Verständigung zwischen beiden hier wohnenden Nationalitäten sei.

Zeuge Dr. Pant spezialisiert eine Reihe von Terrorakten aus dem Rybniker Gebiet, wie Chwallowitz usw., erklärt, daß er in vielen Fällen beim Wojewoden gegen diese Mißhandlungen intervenierte und auch verschiedentlich die Mißhandelten diesem vorgeführt habe. Auch Zeuge Dr. Pant betont, daß, wenn er auch nicht nachweisen könne, daß die Behörden den Terror toleriert hätten, so habe er aber doch den Eindruck und spricht sich genau so über den Dispositionsfonds des Wojewoden aus, wie der Zeuge Gen. Kowoll. Zeuge Redakteur Herger brachte lediglich die an ihm verübten Mißhandlungen vor. Die Zeugenvernehmung war damit beendet und nun begann Herr Staatsanwalt Zembok sein Plädoyer. Herr Zembok interpretierte so eigenartig, wie man es wahl noch nie in einem Gerichtssaal hörte. Jedenfalls vertrat er den Standpunkt, daß es in Ostoberschlesien eine Minderheitsfrage nicht gäbe, da die meisten Oberschlesier polnische Namen, wie Wilk, Wrobel usw. tragen, also keine reinen Deutschen sind. Sonst seien die Behauptungen der deutschen Presse über Terrorakte und Bedrückung der sogenannten Minderheit Phantasien, man müsse dem nur die Schikanen gegen die Polen im deutschen Gebiet gegenüberstellen. Schließlich betonte er noch, daß ihm nicht bekannt sei, daß die deutschen Sozialisten, die von dem Zeugen Kowoll erwähnte Verständigungs- beziehungsweise Ausgleichspolitik zwischen beiden Nationalitäten hier Anwendung gefunden habe, jedenfalls könne von den reichsdeutschen Sozialisten nicht gesagt werden, sie hätten sich jemals der polnischen Minderheit angenommen. Am Ende seiner Ausführungen, die durchaus eine politische Polemik darstellten, beantragte er 3 Monate Gefängnis für den Angeklagten. Dann begründete er seinen Antrag, müsse eine exemplarische Bestrafung erfolgen, damit endlich die fortgesetzten Verunglimpfungen des polnischen Staates und seiner Behörden aufhören.

Rechtsanwalt Dr. Baj, der jetzt zu seiner Verteidigungsrede das Wort ergriff, verwies zunächst darauf, daß der Anklagevertreter nicht in dem Glauben befangen sein solle, auf einer politischen öffentlichen Versammlung zu sein, denn so in diesem Sinne lassen sich seine Ausführungen interpretieren, um dann in halbstündiger Rede auf den Prozeßgegenstand selber einzugehen. In glänzender und humorvoller Weise zerpflückte er die Argumente des Anklagevertreters und schilderte dann in sehr sachlicher Weise die bestehenden Konflikte, die die nationalen Gegensätze hier mit sich bringen, um dann die Freisprechung des Angeklagten, der in Wahrung berechtigter Interessen als Angehöriger der deutschen Minderheit und im guten Glauben gehandelt habe, als er beide Artikel veröffentlichte. Amtsanwalt Zembok ergriff jetzt noch einmal das Wort und verwahrte sich gegen den Vorwurf, politisch polemisiert zu haben.

Im Schlußwort erklärte der Angeklagte, daß er den Inhalt beider Artikel weiterhin als Tatsachen aufrecht erhalten müsse, zumal die Aussagen der Zeugen, die alles sehr angesehene Personen sind und im öffentlichen Leben eine hervorragende Rolle spielen, besondere Beachtung verdienen, und das um so mehr, als es dem Anklagevertreter absolut nicht gelang, die Anklage wirksam zu begründen, er sich vielmehr auf eine allgemeine politische Polemik festsetzte. Da er mit der Veröffentlichung beider Artikel in Wahrung berechtigter Interessen handelte, so ersuche er um seine Freisprechung. — Nach einer halbstündigen Beratung des Gerichtskollegiums wurde das Urteil gefällt: Der Angeklagte wird für schuldig befunden, da ihm nicht der Wahrheitsbeweis vollständig gelang, und zu einer Geldstrafe von 200 Zloty oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils wird dem Angeklagten zuerkannt, in guter Absicht und Wahrung berechtigter Interessen gehandelt zu haben.

H.

Feuer in der Kaffeeröfterei. Am Freitag abends, kurz vor 7 Uhr, brach in der Kaffeeröfterei des Großkaufmanns Broda, auf der Friedrichstraße 14, infolge Funkenauswurf aus dem Röstapparat Feuer aus, welches jedoch noch vor dem Eintreffen der Kattowitzer Feuerwehr mit dem Feuerlöschapparat System „Minimax" gelöscht worden ist.

Zeichen der Not. Nächtlicherweise wurde in die Fleischerei Franz Rosner in Kattowitz eingebrochen und Fleischwaren im Werte von etwa 120 Zloty gestohlen.

Die verhängnisvolle Autoreparatur. In einer interessanten Strafsache wurde im Wiederaufnahmeverfahren vor der Zollstrafkammer in Kattowitz verhandelt. Zu verantworten hatten sich erneut wegen Vergehen gegen die Zollverordnung der Großkaufmann Salomon Guttmann und der Beamte Dr. Siegmund Mehl aus Bendzin. In erster Instanz erfolgte durch die Zollstrafkammer in Königshütte Freisprechung der beiden Angeklagten, wogegen seitens der Zollbehörde Revision eingelegt worden ist. — Bei der neuen Verhandlung ging hervor, daß das Personenauto des Großkaufmanns mit behördlicher Genehmigung für Dienstreisen in Deutschland benutzt wurde. Es sollen jedoch späterhin verschiedene Reparaturen an dem Auto vorgenommen worden sein, so daß die Anklage wegen Schmuggel von verzollbaren Automobilteilen, infolge vorgenommener Autoreparatur in Deutschland, lautete. Belastet wurde durch Zeugenaussagen der Angeklagte Dr. Siegmund Mehl, welcher vor Gericht eine Schuld verneinte und ausführte, daß die Reparatur bereits in Polen ausgeführt worden sei. Das Gericht schenkte diesen Aussagen keinen Glauben und verurteilte Dr. Siegmund Mehl zu einer Geldstrafe von 15 000 Zloty bezw. 100 Tagen Gefängnis. Freigesprochen wurde der Besitzer des Autos, Großkaufmann Salomon Guttmann, welchem eine Mitschuld nicht nachgewiesen werden konnte.

Königshütte und Umgebung

Unentgeltliche Schutzimpfung.

Alle Kinder, die der Schutzimpfung unterstehen, als auch solche, die vor dem 1. Januar d. Js. geboren sind, bis jetzt aber noch nicht geimpft wurden, müssen einer Schutzimpfung unterstellt werden und zwar an den näherbezeichneten Terminen: Für den südlichen Stadtteil erfolgt die Impfung in Dom Polski an der ulica Wolnosci Nr. 64 (Kaiserstraße) und zwar am Montag, den 16. April von 1½ Uhr, für Kinder mit den Anfangsbuchstaben A, B, C, D, E, F., Dienstag, den 17. April G, H, I, J, K., Mittwoch, den 18. April L, Ł. M. N., Donnerstag, den 19. April O, P, R, S, Ś, Freitag, den 20. April T, U, V, W. Im nördlichen Stadtteil findet die Schutzimpfung im Dom Ludowy (Volkshaus) an der ulica 3-go Maja Nr. 6 (Kronprinzenstraße) statt, und zwar am Montag, den 7. Mai, 1½ Uhr, für die Kinder mit den Anfangsbuchstaben A, B, C, D, E, F. Dienstag, den 8. Mai G, H, I, J, K. Mittwoch, den 9. Mai L, Ł, M, N. Donnerstag, den 10. Mai O, P, R, S, Ś. Freitag, den 11. Mai T, U, V, W. Der Impftermin für die Kinder aus Klimsawiese wurde auf den Sonnabend, den 12. Mai, nachmittags 2 Uhr, festgesetzt, und zwar in der Volksschule III, an der Ecke Galeckiego-Szkolna (Mentzel-Schulstraßenecke). Die Nachschau findet in jedem Falle eine Woche später zu derselben Zeit und am gleichen Ort statt. Alle Eltern, Pfleger und Erzieher, die trotz der Bekanntmachung ihre Kinder zur Impfung nicht herbeibringen, werden im Verwaltungswege mit Strafen bis 200 Zloty oder Arrest bis 14 Tagen bestraft. (Ausschneiden und Aufbewahren.)

m.

Polizeiliche Meldevorschriften. Infolge dessen, daß die polizeilichen Meldevorschriften wiederholt nicht innegehalten werden und Bestrafungen nach sich ziehen, seien hierzu die Bestimmungen in Erinnerung gebracht. Beim Wegzug nach einem anderen Ort, muß die Abmeldung spätestens 6 Tage für sich und die dem Hausstand angehörigen Personen, die mit verziehen erfolgen. Ueber die Anmeldung am neuen Wohnort gilt dasselbe, wie für die Abmeldung. Dieselbe muß

nach beendetem Umzuge binnen 6 Tagen unter Vorlegung der polizeilichen Abmeldebescheinigung beim zuständigen Einwohnermeldeamt erfolgen. In beiden Fällen ist für die Nichtinnehaltung der Vorschriften, auch der Hausbesitzer mit verantwortlich. Ausländer müssen sich innerhalb 24 Stunden unter Vorlegung der Papiere bei der Polizeibehörde persönlich melden. Eine Erleichterung ist für Verkehrskarteninhaber dadurch geschaffen, daß sie sich bei längerem Aufenthalt binnen 48 Stunden nicht durchaus persönlich, sondern auch schriftlich melden können. Das Einwohnermeldeamt befindet sich in Königshütte im Polizeidirektionsgebäude an der ulica Gymnazjalna 25 (Tempelstr.) und ist von 8—3 Uhr täglich geöffnet.

Was wird beraten? Am Mittwoch, den 21. März, nachmittags 5 Uhr, findet im Sitzungssaal des Rathauses eine Stadtverordnetensitzung statt. Die Tagesordnung umfaßt 12 Punkte, wovon drei in der geheimen Sitzung behandelt werden. U. a. wird ein Wirtschaftsbericht für das Jahr 1926/27 gegeben, ferner wird der Haushaltungsplan für das Jahr 1927/28 festgesetzt: Bewilligung von Nachtragskrediten, Festsetzung eines Ortsstatuts für die städtische Handelsschule, Ankauf des am städtischen Kinderheim in Orzesche gelegenen Parkes, Anstellung von Beamten usw. Der Vorberatungsausschuß tagt am Sonnabend, den 17. März, nachm. 6 Uhr, im Magistratssitzungszimmer 21. m.

Die fatale Jubiläumsuhrengeschichte. Die Vereinigten Königs- und Laurahütter Gruben haben einmal beschlossen, statt der Jubiläumsuhren, einen gewissen Betrag zu zahlen. Im Jahre 1922 wollten die Herrn von der Verwaltung für die Beamten, die ihre 25 Jahre Dienstzeit zurückgelegt haben, 3000 Polenmark und für die Arbeiterjubilare zu je 1000 Polenmark zahlen. Es handelte sich damals um diejenigen Arbeiter, die ihre Jubiläumsjahre in der Zeit vom 28. August 1922 bis zum 15. September hatten, welche nach dem Umvalutierungsgesetz statt einer Jubiläumsuhr nur den Betrag von 8,33 Zloty erhalten sollten. Alle Jubilare vor dieser Zeit und nach 1925 erhielten ihre Jubiläumsuhren mit der üblichen Bewirtung von Wurst, Bier und Zigarren. Nun ist zufällig auf der Gräfin Laura-Grube als Obmann der Kollege Warzecha, der über seine Arbeiterschaft, die ihn auf diesen Posten gewähl hat, treue-Wacht hält und mit allen Mitteln versucht, die Jubiläumsuhren auch für diese Jubilare zu erkämpfen. Kollege Warzecha übergab diese Angelegenheit dem Sad Przemyslowy in Kattowitz zur Entscheidung. Am 14. d. Mts. fand nun die Verhandlung in Kattowitz statt. Der Vertreter der Zeche, Dr. Brill als Syndikus, versuchte mit verschiedenen Argumenten zu beweisen, daß die Arbeiter der erwähnten Zeitspanne keinen Anspruch auf eine Jubiläumsuhr haben und daß diese Jubiläumsuhren nur als ein freiwilliges Geschenk der Bergverwaltung zu betrachten sind. Kollege Warzecha trat dieser Auffassung entgegen und betonte besonders die Wichtigkeit der Verleihung von Jubiläumsuhren auch für diese Jubilare aus der Zeit vom 28. 8. 1922 bis zum 15. 9. 1925. Diese Angelegenheit wurde jedoch noch nicht endgültig entschieden, es wird noch eine Verhandlung stattfinden, wo Kollege Warzecha einen bestimmten Geldbetrag statt der Jubiläumsuhren vorschlagen soll, was auch geschehen wird.

Ein neues Sanitätsauto. Um eine schnelle Beförderung der Kranken und Verunglückten zu ermöglichen, hat der Magistrat beschlossen, ein neues Sanitätsauto, Marke „Opel", von der Firma Reichmann in Kattowitz, zum Preise von 25 000 Zloty anzukaufen. Das Auto wird mit den neuesten technischen Hilfsmitteln ausgestattet sein. m.

Seinen Meister bestohlen. Der bei dem Schneidermeister Flauer beschäftigte Zuschneider Stanislaw C. stahl seinem Brotgeber eine Brieftasche mit 350 Zloty Inhalt und machte sich dann aus dem Staube. Bis heute hat man ihn noch nicht ausfindig gemacht.

Siemianowitz

Gemeindevertretersitzung Siemianowitz.

Kampfstimmung auf der ganzen Linie. Feindliche Einstellung bei allen Parteien, selbst der Vorsitzende, Bürgermeister Popek, wurde nervös und gegen seine Gewohnheit sogar ausfällig. Schon 14 Tage lang wird über ein Mißtrauensvotum gegen das Gemeindeoberhaupt diskutiert, behauptet der Vorsitzende; er hatte gar nicht einmal so unrecht und ist jedenfalls gut beraten, von irgendwelchen Zuträgern. Die Stimmung in der Gemeinde ist leider gegen ihn gerichtot, mit wenig Ausnahmen. Dies konnte er gleich zu Anfang der Debatte herausfühlen, als sein persönlicher Dispositionsfonds von 3000 Zloty auf 500 Zloty reduziert wurde. An dieser Stelle erwähnte man die nachlässige Zusammenstellung der Wahllisten, welche soviel Bürger entrechtete und an Ueberstunden für die Herstellung derselben 3359 Zloty verwendet wurden. Auch Bankdirektor Dreyfa, der älteste Schöffe auf der Schöffenbank, geriet mit dem allzeit angriffslustigen Ing. Halaczek aneinander. Sie sagten sich nicht gerade Annehmlichkeiten und der Vorsitzende mußte die beiden Kämpfer auseinanderläuten, merkwürdig erst dann, als H. zu unterliegen begann. Jedenfalls hatten beide zur Belustigung der Tribüne, bereits genügend Feststellungen gemacht. Die Tribüne war im allgemeinen sehr unruhig und im besonderen sehr ausfällig. Mehrere Male wurde mit Räumung gedroht. Die sozialistische Fraktion befürchtete größere Krawalle und beantragte Vertagung der Sitzung. Dies lag aber nicht im Sinne der anderen, ebensowenig der Galerie und führte für einige Zeit zur Beruhigung. Nur als man der „Gazeta Siemianowicka" die Subvention von 2700 Zloty strich, mit der Begründung, daß die Zeitung in letzter Zeit in das Fahrwasser Marchwicki vom „Freien Wort" geriet, war allgemeiner Sturm. Ueberhaupt hat das Budget sich viel Streichungen gefallen lassen müssen. Daher wohl auch die Nervosität des Vorsitzenden, welche leider bis zum Schluß anhielt und sich gefahrdrohend auf die Tribüne übertrug; die allgemeine Haltung des Bürgermeisters, wir wollen sie mild beurteilen, war nicht beruhigend. Reduziert wurden. Der Dispositionsfonds des Bürgermeisters von 3000 auf 500 Zl, Ausgaben für Inserationszwecke von 4800 auf 3000 Zloty, für Unterhaltung der Feuerwehr ein Betrag von 11 000 auf 7500 Zloty und die Subvention für die „Gazeta Siemianowicka" von 2700 Zloty, letzterer Antrag wurde von der polnischen Fraktion, Richtung Korfanty, eingebracht. Erhöht wurden die Ausgaben für die Schule Jagiellonska, zwecks Einrichtung einer Wirtschaftsküche von 4500 auf 6000 Zloty. Hier machte der Vorsitzende Schwierigkeiten; die deutsche Fraktion drohte mit Beschwerde beim Starosten. Der Vorsitzende sagt, das wäre ihm gleichgültig. Ironische Baßstimme von der Tribüne: Das ist sehr richtig! Herr Bürgermeister!

Der Arbeitslosenfonds wurde erhöht von 11 000 auf 14 000 Zloty. Die Klosterbrüder von Bogutschütz erhielten einmalig eine Zuwendung von 500 Zloty, ebenso mußte die Mütterberatungsstelle neu mit 6000 Zloty in den Etat aufgenommen werden, da die Wojewodschaft diese Einrichtung nicht mehr subventioniert.

Um den Budgetausgleich zu schaffen, wurden vom Schulunterhaltungsfonds 2400 Zloty gestrichen und die Feuerwehrgebühren von 10 Prozent auf 14 Prozent erhöht. Die Ein- und Ausgaben balancieren mit 1 120 000 Zloty. Außergewöhnliche Ausgaben 546 000 Zloty, davon 346 000 Zloty Ueberschuß aus dem Vorjahre.

Die nächst folgenden Punkte der Tagesordnung waren rasch erledigt und wurden festgesetzt wie im Vorjahr, Grundsteuer 1600 Zloty, Gebäudesteber 3 Prozent pro Mill. Besteuerung der Bauplätze desgl. 3 Prozent pro Mill. Feuerwehrabgabe 14 Prozent.

Der Schluß brachte noch eine Ueberraschung und zwar 10 Dringlichkeitsanträge der deutschen Fraktion. Diese wurden teilweise angenommen, teilweise vom Vorsitzenden als belanglos akzeptiert.

Unter anderen: Kleidergeld für Vollziehungsbeamte, Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Bücherrevisor. Ausschreibung von Arbeiten und Bestellungen, Verteilung der Weihnachtsgratifikationen an Schulkinder (ohne Rücksicht auf die Nationalität), ein neues amtliches Mitteilungsblatt, wurde abgelehnt; zu einem erneuten Zusammenstoß führte wieder die Wirtschaftsküche an der Jagiellonska-Schule, die für die Minderheitsschülerinnen bestimmt ist.

Schluß der Sitzung, 9 Uhr.

Theaterabend der Freien Sänger. Die Freien Sänger veranstalten am Sonntag, den 18. März, 7 Uhr abends, im Generlich'schen Saale einen großen Theaterabend. Aufgeführt wird ein Volksstück mit Gesang in 4 Akten, betitelt: „Beim Kreuz'l im Tannengrund". Ein sehr ergreifendes Drama aus den Bergen und ist der Besuch dieser Veranstaltung sehr zu empfehlen. Die Generalprobe ist als Kindervorstellung gedacht und beginnt Sonnabend, den 18., nachmittags 1 Uhr.

Der Ukrainische Gesangschor konzertiert am Sonnabend abend um 7½ Uhr in seiner gesamten Stärke von 35 Mann einmalig im Saal „Zwei Linden". Die Preise sind sehr mäßig. Arbeitslose zahlen nur 50 Groschen. Die Programmbesetzung ist wie in Kattowitz vollständig, 12 Lieder.

Die „Gazeta Siemianowicka", welche während des Wahlkampfes viermal wöchentlich erschienen ist, erscheint jetzt nur zweimal wöchentlich, behält aber den deutschen Teil bei.

Vom Auto überfahren. Auf der Bytkower Chaussee wurde am Mittwoch der Arbeiter Karl Fiola von einem Auto überfahren. Fiola, der schwere Verletzungen davontrug, blieb hilflos liegen, während der Chauffeur schleunigst davonfuhr. Personal der Straßenbahn nahm sich des Verletzten an und schaffte ihn nach dem Elisabethstift in Kattowitz.

Börsenkurse vom 16. 3. 1928
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.91¼ zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.40 zł
	1 Dollar		=	8.91¼ zł
	100 zł		=	46.92 Rmk.

Einbruchsdiebstahl und Zerstörungswut. Am Mittwoch wurde in das Garderobengeschäft von Lewkowic, Wandastraße, eingebrochen, indem man die Türfüllung herausschnitt und einen Teil der Garderobe mitgehen ließ. Was nicht weggeschafft werden konnte, wurde zertreten und auseinandergeworfen. Zum Schluß wurde noch eine Puppe hergestellt und auf den Ladentisch gesetzt. Diese sollte den Geschäftsinhaber markieren. Die Diebe hatten also sehr viel Zeit und Ruhe, konnten aber nicht erwischt werden.

Billige Garderobe. Einen erheblichen Schaden hat der Schneidermeister Wolf Jeszkewicz von hier zu verzeichnen. In der Nacht zum Mittwoch, statteten Einbrecher seinem Geschäft einen Besuch ab und stahlen dort Waren im Werte von 3000 Zloty.

Myslowitz

Die Steuereinnahmen. Die ordentlichen Einnahmen der Stadt Myslowitz werden nach dem neuen Haushaltsplan 1 149 000 Zloty betragen. Im Vergleich zum Vorjahre ist das eine Steigerung der Einnahmen von 76 760 Zloty. Die Hälfte aller Einnahmen bilden die verschiedenen Steuern, die teilweise als Zuschläge zu den Staatssteuern zugeschlagen und von den Bürgern eingezogen werden, teils aber von der Gemeinde selbständig berechnet und den Bürgern vorgeschrieben werden. Insgesamt betragen die Steuereinnahmen 549 908 Zloty und davon werden 373 000 Zloty als Zuschlag zu den Staatssteuern erhoben, während 176 908 Zloty von der Gemeinde selbständig eingezogen werden. Die Steuerbelastung pro Jahr und Bürger beträgt hier 22,50 Zloty, ist also günstiger als in Kattowitz, weil dort die Belastung pro Jahr und Bürger 51 Zloty beträgt. Nur daß zwischen Kattowitz und Myslowitz ein großer Unterschied besteht. Kattowitz kann als eine reiche Stadt angesehen werden. Dort ist der Sitz der Wojewodschaftsbehörden und der Staatsbehörden. In Groß-Kattowitz befinden sich viele zahlungsfähige Großbetriebe. Kattowitz weist viele große Handelsunternehmungen auf. Das alles fehlt in Myslowitz. Nach Myslowitz ziehen sich alle diejenigen zurück, die billiger als in Kattowitz leben wollen. Wohl befinden sich auch in Myslowitz Handelsgeschäfte, aber seit Myslowitz Stadt geworden ist, war das noch nie so miserabel gewesen wie jetzt. Alles rennt nach Sosnowice und Modrzejow und besorgt dort die Einkäufe und die Myslowitzer Kaufleute haben das Nachsehen. Daher ist die steuerliche Belastung der Myslowitzer Bürger in der Höhe von 22,50 Zloty als zu hoch aufzufassen, weil da noch der Staat mit seinen Steuern im Hintergrunde steht.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Ein Fund auf dem Friedhofe. Passanten fanden auf dem Schwientochlowitzer Friedhofe die Leiche eines neugeborenen Kindes unbekannter Herkunft.

Feuer im Sportklub. In den Nachmittagsstunden des Mittwoch, brach in der Holzbude auf dem Spielplatz des Sportklubs Feuer aus, welches sie vollständig vernichtete.

Sportliches

Herrliche Wintersportgelegenheit.

Der März hat uns noch einmal das herrlichste Winterwetter in den Beskiden gebracht. Nicht nur in den Bergen sogar bis weit ins Tal liegt der Neuschnee ½ Meter hoch. Für Skifahrer ist es die beste Gelegenheit, ihren Wintersport zu huldigen. Jeder, der in diesem Winter noch einmal Ski fahren will, sollte am kommenden Sonnabend und Sonntag in die Berge der Beskiden hinaus fahren. Eine preiswerte Uebernachtung findet er in den gut geheizten Zimmern des Afa-Erholungsheimes in Wapienica (Bielitz) am Eingang des Luisentales. Nähere Auskunft wird in der Hauptgeschäftsstelle des Afa-Bundes, Katowice, ul. Mickiewicza 8, Telephon 170 und 2286 erteilt.

Theater und Musik

„Turandot".

Lyrisches Drama in 5 Bildern von G. Adam und R. Simoni.
Musik von G. Puccini.

Vom Inhalt: Turandot, die schöne, aber kalte und grausame Prinzessin von China, hat einen Schwur abgelegt, keinem Mann anzugehören. Ein dem greisen Vater abgerungenes Blutgesetz verurteilt alle die Freier, welche sich ihr nahen und die drei Rätsel, die sie zum Zwecke des Besitzes lösen sollen, nicht erraten können, zum Tode. Schon viel schöne und reiche Prinzen haben den schmählichen Henkertod erleiden müssen, so daß Peking der Schauplatz grausamster Szenen ist. Wiederum naht sich ein glühender Freier, Kalaf, der Sohn Timurs, des vertriebenen Tartarenkönigs. Dieser selbst zieht mit einer treuen Sklavin Liu durch China, um irgendwo eine Stätte zu suchen, wo sein müder Leib sterben kann. Vergebens versuchen beide, den verblendeten Kalaf von seinem todbringenden Vorhaben abzubringen. Besonders Liu, die ihn liebt, findet süßeste Worte für ihn. Aber er stürzt sich, hingerissen von der faszinierenden Persönlichkeit Turandots, nur zu gern in sein eigenes Verderben. Aber das Wunder geschieht. Der Prinz löst die drei Rätsel zur Freude des alten Kaisers und des ganzen Landes, zum Entsetzen der Prinzessin, die sich weigert, ihm nun anzugehören, wie das Gesetz bestimmt. Kalaf stellt nun seinerseits die Aufgabe an sie, seinen Namen bis zum nächsten Tage zu erraten; falls sie ihn nenne, wolle er gern für sie sterben. Aber niemand außer Timur und Liu wissen ihn, und so packt man sie, um sie, da sie nicht freiwillig aussagen, zu foltern. Liu, die Treue, Gute, aber nimmt alle Schuld auf sich, indem sie gesteht, daß nur sie allein den Namen zu nennen weiß. Trotz aller Qualen aber schweigt sie beharrlich, und in einem unbewachten Moment ergreift sie den Dolch eines Schergen und tötet sich. Turandot, die alles miterlebt, ist davon erschüttert, und Kalaf benutzt die Situation und zieht sie gewaltsam in seine Arme. Sie ist besiegt; denn eine unwiderstehliche Neigung zu diesem Manne befällt sie und als er ihr nun selbst den Namen verrät, kündet sie freudig in der nun folgenden Ratssitzung an, daß der Name des fremden Prinzen — Gemahl sei. Beide sinken verzückt einander in die Arme, während ein Blumenregen auf sie herniederrieselt.

Puccini, der große Meister des Tones, hat seine Oper inhaltlich zum größten Teil dem Schillerschen gleichnamigen Werke entlehnt. Einige Veränderungen, besonders aber Kürzungen, waren dem Stil des Operntextes notwendig gewesen. Musikalisch ist es wohl das reifste Werk Puccinis zu nennen. Stellenweise von entzückender, schimmernder Lyrik, erhebt sich die Partitur wiederum in anderen Momenten zu großartiger Wucht und Gestaltungskraft. Ganz besonders zart empfunden ist die rührende Gestalt der jungen Sklavin, deren Leid wohl auch den Komponisten am meisten angeregt hat. Im allgemeinen herrscht ein fremdländischer, fast exotisch anmutender Rhythmus in der Turandot-Musik vor. Beachtenswert ist die Wichtigkeit der Chöre, die wieder einmal in dieser Oper eine große Rolle spielen. Die einzelnen Bilder haben nur kurze Takte als Vorspiel aufzuweisen, während vor dem dritten Bilde, das ja eigentlich den Höhepunkt der Handlung bringt, der glänzende und sehr melodiöse Festmarsch rauschend aufklingt. Inhaltlich reich an Handlung und musikalisch wertvoll in jeder Hinsicht ist „Turandot" wirklich als „Große Oper" zu bezeichnen. Puccini, der 4 Jahre lang an diesem Werke arbeitete, wurde ganz unerwartet 1924 aus seiner Laufbahn durch den Tod gerissen, ohne daß die Oper vollendet war. Der italienische Komponist Alfano hat nun mit gutem Einfühlen das Liebesduett zu Ende geführt und einen wirkungsvollen Abschluß gefunden, so daß der Schwanengesang Puccinis schon 1925 in Mailand uraufgeführt wurde und auch bald alle deutschen großen Bühnen beherrschte. Sein Ruhm ist unsterblich geworden.

Es ist sehr wohl verständlich, daß eine Aufführung der „Turandot" hohe Anforderungen an alle Mitwirkenden und vor allem auch an die technische Gestaltung der Oper stellt. Wir können freudigen Herzens gestehen, daß die gestrige Darbietung alle unsere kühnsten Hoffnungen weit, weit übertraf. Von äußerer Aufmachung angefangen, hat Hermann Haindl wieder einmal bewiesen, welch Künstler wir in ihm als Bühnenbildschöpfer besitzen. Die Szenerie war von wunderbarster Wirkung; prachtvolle Lichtreflexe erhöhten mitunter den Eindruck des Geheimnisvollen. Das dritte Bild und auch der Schluß gestalteten sich geradezu prunkvoll. Die stilvollen Kostüme, von Karl Strack und Lil Doert entworfen, belebten das Ganze und verliehen ihm die ausgesprochen exotische Note. Die musikalische Leitung hatte Karl Friderich inne, dessen künstlerischer Stab ja stets das Orchester den rechten Weg zur Höhe führt. Die „Turandot"-Partitur wurde geradezu glänzend interpretiert und man muß den Erfolg des Abends in erster Linie für die tüchtigen Musiker und ihren Kapellmeister verbuchen. Auch die Solopartien waren sehr gut besetzt. Als Gasttenor in der Rolle des Kalaf fungierte Willi Wörle vom Breslauer Stadttheater. Darstellerisch auf beachtenswerter Höhe, war es vor allem das wunderschöne Stimmorgan des Gastes, dessen weicher, bestrickender und doch volltönender Klang bald alle Herzen eroberte. In Reina Backhaus als Turandot war eine ebenbürtige Partnerin des trefflichen Prinzen zu bemerken. Hoheitsvolles Spiel mit stark dramatischem Einschlag an den notwendigen Stellen verband sich mit einer außerordentlichen musikalischen Glanzleistung zum prachtvollen Ganzen. Diese Turandot kann getrost mit den Heroinen der großen Bühnen konkurrieren. Ganz vorzüglich gab Armella Kleincke die kleine Liu. Wir hörten hier eine recht ausdrucksvolle Stimme, die wirklich größeren Aufgaben gut gewachsen ist. Darstellerisch war alles in bester Ordnung. Die drei Minister Ping, Pang, Pong wurden durch die Herren Rudolf Feleky, Erich Lux und Hermann Schöttge gesanglich und im Spiel sehr charakteristisch wiedergegeben. Gustav Adolf Knörzer als Timur war am richtigen Platze, desgleichen der China-Kaiser von undefinierbarem Alter des Martin Ehrhard. Sonst taten alle Mitspieler ihr Allerbestes. Die Chöre klappten vorzüglich, die Volksszenen boten Leben und Buntheit. Die Regie unter Paul Schlenker arbeitete rasch und gut.

Kein Wunder, wenn das bombenvolle Haus seinen Beifall stürmisch und nichtendenwollend auf die Künstlerschar herniederrauschen ließ. Am Schluß gab es Blumen, die wirklich redlich verdient waren. Die „Turandot"-Aufführung ist erneut ein Beweis dafür, daß die deutsche Oper ein beachtenswertes Niveau erreicht hat.

A. K.

Bürgerlicher Parlamentarismus

Wir lesen in der „Chemnitzer Volksstimme“:

Warum, so fragen wir, warum soll die deutsche Bourgeoisie noch mit dieser Republik hadern? Warum soll sie sich im Sturmlauf üben gegen diese Demokratie mit ihrem parlamentarischen Regime? Hat sie noch Wünsche, die sich erfüllen lassen und die noch nicht erfüllt sind? Kann sie unter einer anderen Staatsform noch rücksichtsloser den ganzen Machtapparat, die gesamte Verwaltungsmaschinerie einsetzen, um ihre Geschäfte zu besorgen und ihre reibungslose Durchführung zu sichern? Sie kann das jetzt tun unter sachkundiger Auslegung und unter dem Schutz der republikanischen Verfassung, an deren Spitze der Satz steht: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Das Volk — das ist hier die Bourgeoisie. Sie hält, gestützt auf ihre ökonomische Uebermacht, die Staatsgewalt fest in ihren Händen — und Demokratie und parlamentarisches Regime sind ihr unentbehrliche Kulissen hinter denen sie ihre Klassenherrschaft zu verbergen sucht.

Oder lehrt die Geschichte der deutschen Republik etwas anderes? Ist seit 1918 etwa die Ausbeutung der deutschen Arbeiter durch die Kapitalisten wenn nicht aufgehoben so doch wenigstens milder geworden? Sind die Kapitalisten „vernünftiger“ geworden und etwa zu der „Einsicht“ gekommen, daß der Arbeiter der Produzent aller Werte und Güter dieser Welt ist und daß ihm darum auch die entsprechende Stellung in der Gesellschaft gebühre? Sind etwa die Bureaukratie, die Justiz, das Militär und selbst die Parlamente nicht Teile des staatlichen Machtapparates, die in Bewegung gesetzt werden, um die Werktätigen, die Schaffenden, zu schützen? Lehrt nicht fast jeder Tag in jedem Jahre seit Anfang 1919, daß alles, was in diesem Staate ist, nur ist, um die Grundlage dieser Republik, die kapitalistische Ausbeutung, nicht nur zu erhalten, sondern sie zu verschärfen und jeden Versuch der Auflehnung gegen sie mit Gewalt niederzuhalten? Es ist so! Und wer noch immer daran gezweifelt hat, wer noch immer die Phrase vom „republikanischen Volksstaat“ für reale Wirklichkeit nahm, die letzten zwei Jahre müßten diese Illusion nun endlich und gründlich zerstört haben. Hat im Jahre 1926 die Bourgeoisie die „Rationalisierung“ benützt, um den Druck ihrer Macht auf die Arbeiterschaft zu verstärken und ihre Profite zu steigern, so ergänzte sie im Jahre 1927 diese wirtschaftliche Methode noch durch eine politisch-parlamentarische. Nämlich dadurch, daß sie diese Mehrheit im Reichstag hemmungslos dazu benutzte, die Kassen des Staates auszuplündern für ihre Klasseninteressen und im übrigen ihre Herrschaft durch ein feinmaschiges Gesetzeswerk zu verbarrikadieren.

Mit welcher erfolgreichen Tüchtigkeit diese Räuberei betrieben worden ist, dafür sprechen die Ergebnisse der „Arbeit“ des im Dezember 1924 gewählten Reichstages. Ob wir die Steuer-, die Zoll-, die Handelsvertrags- oder die Wirtschaftspolitik betrachten — immer ein Feilschen um die Sondervorteile, die sich die Schichten der Bourgeoisie durch die sie im Parlament vertretenen Parteien gegenseitig zuschieben. Immer zu Lasten der Arbeiter natürlich. Daneben haben ihre Beauftragten — ohne erst den Umweg über die Gesetzesproduktion zu wählen — direkt in die Reichskasse gegriffen und haben mit offenen Händen und offenen Taschen Lauernden viele hundert Millionen Mark hineingedrückt. Die 700 Millionen, die die tadellos sauberen Herren Dr. Marx und Dr. Stresemann den Millionären der Schwerindustrie vom Rhein und Ruhr hinwarfen, die etliche Millionen, mit denen die gleichen Herren aus Reichsmitteln einige bürgerliche kapitalistische Zeitungen unterstützten, die Dutzende von Millionen, mit denen geheime Rüstungen gefördert und betrieben wurden, und zuletzt die 30 Millionen, die im Reichswehrministerium unter Mitwissen einiger Minister in allerlei dunklen Geschäften verschleudert wurden. Sie wurden alle für die Bourgeoisie verschleudert, während nicht fünf Millionen zur Speisung hunderttausender hungernder Kinder bewilligt wurden. Alles das hat die letzten Schleier, mit denen für manchen der bürgerlich-kapitalistische Charakter dieser Republik verhängt war, zerrissen und ihn völlig bloßgestellt.

Aber nicht nur das. Die offene Raubpolitik, das Plündern der Reichskassen unter offenkundiger Gesetzesverletzung, alles das ist geschehen unter der Herrschaft der Demokratie, unter der Kontrolle des parlamentarischen Regimes! Keinem der Gesetzesverächter und Gesetzesverletzer ist ein Haar gekrümmt worden! Die Republik, die einen armen Jungen, der vor Hunger ein Brot stiehlt, ins Gefängnis sperrt, hat keine Zellen frei für Minister, die die Republik um noch nicht gezählte Millionen Mark prellen! Im Gegenteil: Wie auf den Leib zugeschnitten ist der Herrschaft der Bourgeoisie dieser parlamentarische Betrieb! Läßt sich eine begangene Lumperei nicht mehr unterdrücken, gelangt sie durch eine Pressenotiz an die Oeffentlichkeit, dann gibt es ein Verfahren, das wie geölt läuft und meistens so aussieht: Zuerst ein Dementi des Kabinetts oder des Ressortministers. Als zweites ein teilweises Eingeständnis mit Rechtfertigungsversuch. Anfrage und Antwort im Parlament und Beschluß über eine Untersuchung. Die dauert dann jahrelang, bis das Interesse an dem Skandal durch einen neuen erschlagen worden. Mit einem Bericht wird der Skandal vom Parlament begraben. Es hat seine Pflicht im bürgerlichen Staat erfüllt: die Minister und der Staat sind gerettet. Beim Phoebus-Skandal des Bürgerblocks wird es gar noch ein Stück toller getrieben. Die Untersuchung ging schneller und der Bericht lag ein paar Monate schon fertig vor. Aber nur der Reichskanzler bekam ihn. Nachdem anfangs der Wehrminister alles abgestritten hatte, wurden dann 6 bis 7 Millionen Mark Reichsverluste eingeräumt. Heute gibt man schon 30 Millionen zu. Der zuständige Reichstagsausschuß beschließt, sich vom Reichskanzler, der vom Parlament abhängig ist, den Bericht erstatten zu lassen. Auf den Parlamentsbeschluß wird gepfiffen! Nach Versuchen, den Beschluß korrigieren zu lassen — Vertagung der Behandlung des Skandals um einige Tage, wegen angeblicher Krankheit des Kanzlers. Diese Krankheit hindert den ehrenwerten Republikaner a. D. jedoch nicht, sofort seine Bemühungen bei den Parteien aufzunehmen, um deren Einverständnis zur Nichtveröffentlichung des Berichts zu bekommen. Die zögern wegen der bevorstehenden Wahlen. Wie nun die Lumperei im Phoebusfall dennoch verheimlichen? Ein Konflikt der Regierung mit dem Parlament, ein Verfassungskonflikt also, wäre gegeben. In einem anderen Lande, jawohl, in diesem Deutschland nicht! Die Bürgerblockregierung hat den Dreh heraus und das Parlament fügt sich! Sie hat mit den „gemäßigten“ Oppositionsparteien verhandelt. Ergebnis: Der Bericht, dessen Veröffentlichung beschlossen worden ist, wird nicht veröffentlicht. Dafür ein anderer, der zum Zwecke der Veröffentlichung besonders angefertigt wird. Ist ein zynischeres Belügen des Volkes denkbar? Kann sich eine Opposition noch mehr entmannen, als sie es tut, wenn sie solche Falschheit deckt? Gibt es ein wirksames Mittel der Korrumpierung des parlamentarischen Regimes, wie das, das im Phoebus-Skandal zur Anwendung gelangt? Ein Kapitän wird — nicht in die Wüste, sondern in Pension geschickt — die verantwortlichen Minister bleiben Ehrenmänner. Der Verfassungsparagraph, nach dem sie auf die Anklagebank des Staatsgerichtshofes gedrückt werden können, besteht für sie nicht.

Daß das bürgerliche Parlament den Verbrechen nicht wehrt, wundert uns nicht. Daß die bürgerliche „Opposition“ sich einfügt, ebenfalls nicht. Aber für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion darf es keine Hemmungen geben, gegen die Verfallserscheinungen des bürgerlichen Parlamentarismus den schärfsten Kampf zu führen. Sie muß die doppelte Buchführung dieser Regierung im Phoebus-Skandal anprangern und auch die Rückgratlosigkeit des Parlaments in der Verteidigung seiner Rechte. Sie muß durch ihren politischen Kampf der Arbeiterschaft beweisen, daß ihre gesamte politische und parlamentarische Tätigkeit grundsätzlich etwas anderes ist als die der bürgerlichen Parteien. Diesen ist sie nur ein Mittel der Bereicherung der hinter ihnen stehenden kapitalistischen Parteien. Der Sozialdemokratie dient sie nur zur Entfaltung der Macht der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus mit seiner stinkenden Korruption für den Sozialismus.

Interessantes aus aller Welt

Die furchtbare Dammbruchkatastrophe bei Los Angeles

Bis jetzt 865 Todesopfer. — Viele Millionen Dollar Schaden.

Neuyork. Nach Stunden angestrengter Arbeit und nachdem die Wassermassen Abfluß zum Meer gefunden haben, ist es möglich, einen einigermaßen genauen Bericht über den Verlauf und die Größe der Katastrophe, die durch den Dammbruch bei San Franzisquito-Canyons herbeigeführt wurde, zu geben. Die wenigen Ueberlebenden berichten einstimmig, daß der Dammbruch ganz unerwartet nach Mitternacht erfolgte. Offenbar ist das Material, das zum Bau des Dammes verwandt wurde, schlecht gewesen. Außerdem sind kleinere Wassergänge bereits seit Wochen rechts und links vom Damm durch Hügel durchgesickert und haben den Boden, in dem der Damm verankert ist, aufgeweicht. Die Reservoire waren zum ersten Mal seit Bestehen voll gefüllt und enthielten 13,44 Milliarden Gallonen. Der Damm konnte offenbar diese Belastung nicht aushalten. Zunächst wurden die Seitenhügel weggespült, dann sind die Dammseiten von reißenden Wassermassen umgerissen worden. Die Mitte des Dammes von 75 Fuß Breite und 208 Fuß Höhe steht noch.

Riesige Wassermassen füllten zunächst San Franzisquito-Canyons. Das an dieser besonders engen Stelle stehende Kraftwerk am Fuß des Dammes wurde von einer 75 Fuß hohen Flutwelle umgerissen. Häuser wurden eingedrückt und Brücken weggeschwemmt. Von 175 Arbeitern des Kraftwerkes sind bis Dienstag abend nur noch 40 am Leben, außerdem sind 30 Indianer, die sich innerhalb des Dammes befanden, um den Wild-West-Film aufzunehmen, umgekommen. Auch von 25 Familien, die innerhalb Canyons Ackerbau betrieben, sind nur wenige gerettet worden. Die Flutwelle ergoß sich danach nach Santa Paulo, Santa Claratal und überschwemmte die Ortschaften Fillmore, Piru, Montalva, Castaic, Oberg und Oxnard. Teile der Eisenbahnlinie der Southern Pacific und die direkte Chaussee Los Angeles—St. Franzisko wurden überflutet und unbrauchbar gemacht, doch konnte die Bahnlinie am Nachmittag, als die Flut abgelaufen war, wieder in Betrieb genommen werden. Die Ortschaften Saugee, Newhill blieben verschont und wurden als Rote Kreuz-Zentren eingerichtet. Die Flut folgte dem Santa Clara-River nach Ventura, bedrohte zeitweilig die Oelfelder Venturas, konnte aber noch rechtzeitig ins Meer abgeleitet werden.

Zurzeit sind die Bewohner von Los Angeles und der Umgebung beschäftigt, die Leichen, die die Flutwelle in ihrem 16 Meilen langen Laufe vom Damm bis zum Meer im Schutt zurückgelassen, aufzufinden, und zu bergen, was an Sachwerten noch übrig geblieben ist. Die Zahl der Toten steht noch immer nicht endgültig fest. Die Hearstblätter geben am Spätnachmittag die Zahl der ums Leben gekommenen Menschen auf 850 an. 80 Personen sind mit teilweise schweren Verletzungen in Hospitälern eingeliefert worden. Tausende von Tierleichen umsäumen die Ränder des Flußlaufes. Der Sachschaden wird auf mindestens 15 Millionen Dollar geschätzt, was aber als zu niedrig angesehen werden muß, da in den betroffenen Städtchen kein Haus stehengeblieben ist.

Die Tatsache, daß die Katastrophe von fern zunächst durch plötzliche bläuliche Blitze, die aus der Dammnähe aufschossen, bemerkt wurde, hat Anlaß zu dem Gerücht gegeben, daß der Damm das Opfer des Wasserkrieges geworden ist, den die Stadt Los Angeles mit den Bewohnern Owenstals seit Jahren geführt hat, und in dessen Verlauf schon mehrmals die Aquädukte, die das Trinkwasser nach Los Angeles führen, von den Bauern Owenstals gesprengt wurden, um Platz für die Aquädukte zu finden und die schon häufig zu derartigen Kampfmitteln griffen, um höhere Entschädigungen zu erzwingen. Inzwischen sind aber als Ursache der Blitze bereits Kurzschlüsse erkannt worden, die die Flutwelle im Kraftwerk herbeiführte und wodurch die ganze Umgebung dunkel und stillgelegt wurde. Zwischen Los Angeles und den Bauern von Owenstals ist gerade vor einigen Tagen der Friede unterzeichnet worden, der alle Teile befriedigte.

Ein Deutscher will den Ozeanflug wagen

Hauptmann Köhl meldet sich.

Dessau. Zum ersten deutschen Ozeanflugprojekt in diesem Frühjahr hat sich Hauptmann Köhl, der Nachtflugleiter der Lufthansa, gemeldet.

Köhl flog bekanntlich voriges Jahr im August gemeinsam mit Pilot Loose auf „D 1167“ („Bremen“) bis Irland, um nach einem furchtbaren Sturmflug über der Irischen See, erfolglos nach Dessau zurückzukehren. Im Herbst hatte er dann die Absicht, einen Weltstreckenrekord aufzustellen. Die Witterung jedoch hielt ihn von der Durchführung ab. Bereits damals hatten ihm die Junkers-Werke versprochen, für ein neues Ozeanflugprojekt im Frühjahr 1928 eine gleiche Maschine „W 33“ zur Verfügung zu stellen. Dieser Tage nun ist die neue Ozeanmaschine mit der Zulassungsnummer „D 1231“ von der Dessauer Flugzeugwerft nach dem Berliner Flugplatz Tempelhof überführt worden. Es ist eine gleiche, einmotorige Junkers Landmaschine wie die „Europa“ und „Bremen“ im vorigen Jahr. Der Maschinentyp ist derselbe, wie er erstmalig vom April ab zum reinen Frachtflugverkehr ab Berlin und Leipzig benutzt wird. Das Flugzeug hat ein Leergewicht von 1324 Kilogramm und 2336 Kilogramm Zulassung, also eine Zulassung von 176 Prozent Leergewichtes. Die maximale Flugweite beträgt etwa 7707 Kilometer.

In der nächsten Zeit will Köhl die Maschine mit neukonstruierten Navigationsinstrumenten versehen und auf dem Tempelhofer Feld einfliegen. Als zweiter Pilot dürfte der Junkers-Flieger Loose in Frage kommen, der ja bereits um Weihnachten herum seine Absicht, im Frühjahr 1928 einen neuen Ozeanflug zu wagen, kund tat. Falls ein Passagier mitfliegt, dürfte es sich wieder um Baron von Hünefeld handeln, so daß die Mannschaft der neuen Junkers-Maschine „D 1231“ dieselbe — Köhl, Loose, Hünefeld — ist, wie auf der „Bremen“. Die Flugroute soll wieder über Irland — Neufundland führen. Das ist die kürzeste Strecke.

Miß Miller unter dem Baldachin

Zum hindostanischen Glauben übergetreten, um den Maharadscha von Indore zu heiraten.

London. Die Amerikanerin Miß Miller ist zum hindostanischen Glauben übergetreten und wird den Maharadscha von Indore heiraten.

Die Zeremonie des Glaubenswechsels dauerte 1½ Stunden und verlief sehr eindrucksvoll. Miß Miller saß unter einem Baldachin, hinter ihr ihre Großmutter und der Maharadscha, während ringsherum Tausende der Zeremonie beiwohnten. Der Priester setzte einen roten Stempel auf Fräulein Millers Stirn, worauf sie vor dem Heiligen Feuer die Zeremonie des Puja ausführte und später im Wasser des Heiligen Flusses Godevary badete.

Ihr zukünftiger Gatte hat für sie und ihre Dienerschaft ein ganzes Hotel gemietet. Dorthin wurde die Braut nach der Zeremonie überführt und sofort nach hindostanischer Art eingekleidet. Der Maharadscha hat schon zwei Frauen, von denen die eine einen Hungerstreik durchführt und erklärt, daß sie entschlossen sei, zu sterben, falls der Maharadscha Fräulein Miller heirate.

Ein Einbrecher schießt eine ganze Familie nieder

Paris. Ein blutiges Drama spielte sich in der Villa eines Industriellen in Nantes ab. Kurz nach Mitternacht drang ein Einbrecher in den Salon der Villa ein, stieg dann in das erste Stockwerk und geriet in das Schlafzimmer der jungen Tochter des Industriellen. Als diese, durch den Lärm aufgeschreckt, zu schreien anfing, gab der Einbrecher mehrere Revolverschüsse auf das Mädchen ab, das eine schwere Kopfverletzung erlitt.

Nun stürzten die Eltern in das Zimmer, und der Einbrecher schoß auch sie kaltblütig nieder. Schließlich kam noch der Sohn des Hauses hinzu, und der Einbrecher ergriff die Flucht, da er keine Munition mehr hatte. Er wurde auf der Straße verfolgt und stellte sich schließlich selbst bei Beamten der Straßenbahngesellschaft von Lyon mit der Bitte, ihn der Polizei zu übergeben.

Fabrikleben vor 2000 Jahren

Einen einzigartigen Einblick in das Leben einer griechischen Siedlung auf ägyptischem Boden vor 2000 Jahren gewährt der große Papyrusfund, der in dem alten Philadelphia, einer Militärkolonie des Königs Ptolemeaios Philadelphos in der nordöstlichen Ecke der südwestlich von Kairo gelegenen Oase, des Fayums, gemacht worden ist. Die vielen hunderte von Urkunden, die alle dem 3. Jahrhundert vor Christus entstammen, gehörten alle dem Archiv eines einzigen Mannes an, eines gewissen Zenon, eines Untergebenen des Königlichen Finanzministers Apolonius, in dessen Händen der Auf- und Ausbau von Philadelphia und seiner Feldmark lag. Auch die gut erhaltenen Ruinen des Ortes sind durch eine Grabung der Berliner Museen aufgenommen worden, und so vereinigen sich archäologische und literarische Zeugnisse, um uns Leben und Treiben, Hoffnungen und Nöte der Menschen aus jener fernen Vergangenheit überaus nahe zu bringen. Einer der deutschen Ausgräber, Prof. Paul Viereck, hat nun diesen dankbaren Stoff in einem soeben bei J. C. Hinrichs in Lepzig erschienenen Werk „Philadelpheia. Die Gründung einer hellenistischen Militärkolonie in Aegypten“ dargestellt. Wir können hier an der Hand der Urkunden das Aufblühen des Ortes die Bestellung des Landes, die Anlage der Fabriken verfolgen und erfahren vieles über das Verhältnis der griechischen Siedler zu den unterworfenen Aegyptern, über die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände der Kolonie. Zenon suchte nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Handel und Gewerbe von Philadelphia zu fördern. Die großen Schafherden und Flachsfelder lieferten den nötigen Rohstoff für Webereien, in denen unter der Kontrolle des Staates, der auch den Verkauf regelte, Sklavinnen arbeiteten. In einer Urkunde bitten die Mitglieder einer Weberfamilie, zwei Brüder Apollophanes und Demetrios, nebst Frau und Kind den Zenon um die Erlaubnis, sich in der Kolonie niederlassen zu dürfen. Sie verstehen sich, wie sie ihm schreiben, auf Mäntel, Röcke, Gürtel Oberkleider, Degengehänge, Sacktücher oder Binden, ferner auf Spaltröcke für Frauen, Umschlagetücher, lange Gewänder und Frauenkleider mit purpurnem Saum auf beiden Seiten. Auch erklären sie sich bereit, andere in die Lehre zu nehmen und in der Webkunst zu unterweisen; dafür verlangen sie, daß man ihnen eine Wohnung in Philadelphia beschaffe.

Lohnforderungen spielten schon damals eine wichtige Rolle. Wir hören auch vom Streik der Arbeiter. Wahrscheinlich sind es dieselben Weber, die in einem anderen Schriftstück ihre Ansprüche in sehr energischem Ton geltend machen: „Wir sind hierher gekommen, um Arbeit zu leisten. Damit wir aber auf unsere Kosten kommen, muß man uns für Waschen und Hecheln eines Pfundes Flachs eine Drachme geben und als Weblohn für ein linnenes Gewand drei Kupferdrachmen, und das ist nicht einmal ausreichend, es haben immer drei Leute mit einem Gewande zu tun und eine Frau, und sechs Tage dauert es, bis man das Gewand vom Webstuhl nehmen kann.“ In den Teppich- und Wolldeckenfabriken gab es betrügerische und hetzerische Leute, die die Wolldecken kleiner machten und sie noch feucht auf die Wage legten, um über das Gewicht der Decken zu täuschen. Auch die Beschwerden über Auspeitschungen werden vorgebracht. Daß die Textilindustrie besonders ausgebreitet war, läßt sich aus den Bedürfnissen der wohlhabenden Leute erklären. Es ist ein Verzeichnis von Kleidungsstücken erhalten, die Zenon auf einer seiner vielen Reisen mitnahm; da finden sich außer einem leinenen Umhang sechs Ober- und 11 Unterkleider, dann verschiedene Mäntel, Kopfkissen, zwei Paar neue erdfarbene und weiße Strümpfe und zwei neue weiße Gürtel. Noch zahlreiche andere Arbeiter waren in Philadelphia tätig. Schuhmacher und Töpfer, Korbmacher und Tischler, Maurer und Maler, Steinmetzen und Zimmerleute, daneben viele Arbeiter in den Steinbrüchen beim Straßen- und Brückenbau. Besonders ausgebreitet war die Töpferei; bei den Lieferungen dieser Werkstätten handelt es sich häufig um viele hunderte von Krügen. Auch von diesen Arbeitern wird viel geklagt über schlechte Bezahlung und Mißhandlung, und so lernen wir durch die Papyri all die Nöte und Bedrängnisse der kleinen Leute vor 2200 Jahren kennen

Revolte im Krankenhaus

Budapest. Ein tragikomischer Vorfall hat sich in dem staatlichen Sanatorium für Lungenkranke in Zalaegerszeg zugetragen. Dort war einer Kranken eine goldene Uhr gestohlen worden. Der Verdacht lenkte sich auf einen in der Anstalt in Behandlung befindlichen Schlossergesellen.

Da eine Untersuchung ergebnislos verlief, holte man einen Detektiv herbei, der den Verdächtigen unter vier Augen einem Verhör unterzog, das jedoch auch nicht zu dem gewünschten Ziel führte. Als der Schlossergeselle in sein Zimmer zurückgekehrt war, teilte er den anderen Kranken mit, daß ihn der Detektiv wiederholt geprüft habe. Die Kranken erklärten sich nun solidarisch und machten sich auf die Verfolgung des Detektivs.

Bald war die Schar der Verfolger auf 150 angewachsen, die sich mit Spaten, Holzstücken und Steinen bewaffnete und den Detektiv verprügelten. Ein Wagenlackierer versetzte dem Detektiv einen so wuchtigen Faustschlag, daß er zu Boden stürzte. Er konnte erst durch die inzwischen alarmierte Polizei befreit werden. Eine Untersuchung ergab, daß der Detektiv zu Unrecht beschuldigt worden war. Gegen vierzehn Rädelsführer der Revolte wurde Strafantrag gestellt.

Ein Mädchenhändler verhaftet

Kopenhagen. In Stockholm wurde ein Mädchenhändler verhaftet, als er im Begriff stand, mit einem jungen Mädchen, dem er einen Posten im Auslande versprochen hatte, Stockholm zu verlassen. Es handelt sich um einen Amerikaner Franz Rogers, der bereits früher mehrmals junge Mädchen aus Schweden herausgelockt haben soll, die seitdem verschwunden sind. Die junge Dame, die ihm beinahe zum Opfer gefallen wäre, war in einem Stockholmer Restaurant angestellt.

Eine Elefantenherde ausgebrochen

Im Babelsberger Wäldchen bei Potsdam, dicht am Bahnhof, brach eine Elefantenherde, die sich auf dem Transport nach den dortigen Filmateliers befand, aus und versetzte die Fußgänger in nicht geringe Aufregung. Erst nach mehrstündiger Arbeit gelang es Wärtern, die Tiere wieder einzufangen, die im Walde eine ziemlich große Verheerung angerichtet hatten.

Das Aussterben des Renntiers

In „Naturen" wird der völlig sinn- und zwecklose Ausrottungsfeldzug beklagt, den man in Norwegen gegen das Renntier führt. Im Jahre 1600 waren die Tiere noch überall in Skandinavien in Freiheit zu finden; jetzt sind sie sowohl in Schweden, wie in Finnland ausgestorben. Für Norwegen war von 1902 bis 1906 eine Schonzeit vorgeschrieben, die ein Wiederanwachsen der Herden zur Folge hatte. Seitdem ist die Zahl der Tiere wieder auf den Stand von 1901 zurückgegangen.

21 Tote bei einem Eisenbahnunglück

Colombo. Etwa 28 Meilen südlich von Colombo sind zwei Personenzüge zusammengestoßen. 21 Reisende wurden getötet. Beide Maschinen und 5 Wagen wurden schwer beschädigt.

Ein Vater, der seine Söhne ersäuft

Im Verlaufe der Untersuchung über den geheimnisvollen Tod zweier Brüder, deren Leichen im Michigansee (Nordamerika) aufgefunden wurden, wurde ihr Vater verhaftet, der eingestand, er habe seine Söhne in den See gestoßen und zugesehen, wie sie den Ertrinkungstod fanden. Seine Tat begründete er damit, daß sich die Stiefmutter der beiden Brüder darüber beschwert habe, sie brächten ihr mit den Schuhen zuviel Kot ins Haus.

Stapellauf von vier deutschen Zerstörern

Wilhelmshaven. Am Donnerstag erfolgte in Wilhelmshaven der feierliche Stapellauf von vier neuen Zerstörern der Wolf-Klasse, Boote zu je 800 Tonnen, von denen zwei im Dock und zwei auf der Helling gebaut sind. Die Taufrede hält für alle vier Schiffe der Flottenchef, Admiral Oldekop.

Die weggeworfene brennende Zigarette

Auf dem Tegeler Schießplatz in Berlin entstand durch die weggeworfene brennende Zigarette eines Radfahrers ein Heidebrand, dem 300 Morgen Grasbestand und 5 Morgen Wald zum Opfer fielen.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 422.

Sonnabend. 16.40: Vortrag. 17.20: Poln. Unterricht. 17.45: Für die Kinder. 19.35: Vorträge. 20.30: Operettenübertragung aus Warschau. 22.00: Berichte. 22.30: Konzertübertragung.

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten *). 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung *). 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht anschließend Funkwerbung *). 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung *) und Sportfunk. 22.15—24.00: Tanzmusik (Zwei- bis dreimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Sonnabend, den 17. März. 15.45: Aus Büchern der Zeit. 16.15: Die Filme der Woche. 16.30: Unterhaltungskonzert. 18.00: Hans Christoph Kaergel liest aus eigenen Werken. 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. 19.00: Stunde der Deutschen Reichspost. 19.30: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. 20.10: Das schlesische Raritäten-Kabinett. 22.00: Die Abendberichte. Anschließend: Tanzmusik auf Schallplatten. 23.00: Uebertragung aus Berlin: Funktanzstunde. 23.30: Tanzmusik.

Posen Welle 344,8.

Sonnabend. 13.15: Schallplattenkonzert. 16.40: Vorträge. 17.45: Uebertragung aus Krakau. 19.15: Französischer Unterricht. 19.35: Vortrag. 20.30: Leichte Musik, anschließend Berichte. 22.30: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1111,1.

Sonnabend. 12.00: wie vor. 16.00: Vorträge 17.20: Radiochronik. 17.45: Kinderstunde. 19.35: Vortrag: Literarische Porträts. 20.30: Operette von Franz Lehar. 22.00: Berichte. 22.30: Uebertragung von Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 u. 577.

Sonnabend. 11.00: Vormittagsmusik. 16.00: Nachmittagskonzert. 17.40: Verklungene Weisen deutscher Romantik. 18.40: Die historische Bedeutung der Ostalpenpässe. 19.10: Anleitung für die Abfassung des Steuerbekenntnisses. 19.45: „Johann Nestroy", Singspiel von Sigm. Eibenschütz u. Ernst Reiterer. Uebertragung der Jazzband aus dem Grill-Room (Hotel „Bristol").

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Dienstag, 20. März, abends 7½ Uhr, findet im Hotel Zentral ein Vortrag des Studienrat Rath statt „Ueber die tropischen Nutzpflanzen und ihre Bedeutung für den Menschen". Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Kattowitz. Am Sonnabend, den 24. März, abends 8 Uhr, findet im Saale des Christlichen Hospizes ein bunter Abend der Ortsgruppe statt.

Zalenze. Sozialistische Jugend. Am Sonntag, den 18. März, 5 Uhr, findet ein Vortrag über „Unsere Jugendbestrebungen", mit Lichtbildern, bei Herrn Golczyk statt.

Zawodzie. Am Sonntag, den 18. März, nachm. 5 Uhr, im Cyganschen Restaurant, Vortrag. Referent: Genosse Redakteur Helmrich.

Versammlungskalender

Kattowitz. Ortsausschuß. Sonnabend, den 17. März, abends 7 Uhr, im Zentralhotel, Generalversammlung des Ortskartells der freien Gewerkschaften. Die alten und neugewählten Delegierten werden ersucht pünktlich zu erscheinen.

Kattowitz. Die Vorstandssitzung des Ortsvereins der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt findet am **Freitag, den 16. März, abends 7 Uhr,** im Parteibüro statt. Vollzähliges Erscheinen aller Vorstandsmitglieder erforderlich.

Siemianowitz. D. S. A. P. Sonnabend, den 17. März, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung der D. S. A. P. im Büro des D. M.-V., Teichstraße 10. Dazu haben auch die Vorstände der Arbeiterwohlfahrt und der Jugendgruppe zu erscheinen.

Bismarckhütte. D. M.-V. Sonntag, den 18. März, findet im Lokal Freitel, ul. Krakowska 11, eine Mitgliederversammlung, vormittags 10 Uhr, vom D. M.-V. statt. Referent: Kollege Buchwald.

Bismarckhütte. Maschinisten und Heizer. Am Sonntag, den 18. März, vorm. 10 Uhr, findet im bekannten Lokal eine Mitgliederversammlung statt. Kein Kollege darf fehlen.

Königshütte. Generalversammlung der D. S. A. P. Am Sonntag, den 18. März, nachmittags 3½ Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses die diesjährige Generalversammlung der D. S. A. P. statt. Referent: Genosse Kowoll.

Nikolai. Achtung, Metallarbeiter! Sonntag, den 18. März, nachm. 3 Uhr, findet im Vereinslokal, Jan Ciossek, Ring, eine Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Referent zur Stelle.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.